Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 23 — Freitag, den 27. Januar 1933 — 115. Jahrgang

Präsidialkabinett mit NSDAP?

Eine Liste der kommenden Männer?

Am Vorabend der Entscheidung des Aeltestenrates

Über die Frage der Einberufung des Reichstages ist die Lage gegenüber den letzten Tagen um

nichts klarer

geworden. In einer ganzen Reihe von Blättern steht im Vordergrund die Mutmaßung, daß der Reichstag zwar in der kommenden Woche die Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen und auch besprechen werde, aber sich dann vor den entscheidenden Abstimmungen vertagen wolle. Wenn daneben auch die Möglichkeiten einer Vertagung schon vor Abgabe der Regierungserklärung erwähnt werden und dabei verschiedentlich der schon mehrfach genannte Antrag der Nationalsozialisten auf Vertagung bis zur Vorlegung des Etats wieder in den Rahmen der Betrachtungen einbezogen wird, so kommt in mehr oder weniger präziser Form in der Mehrzahl der Blätter die Auffassung zum Ausdruck, daß

Reichskanzler von Schleicher unbedingt auf eine klare Entscheidung bestehen

werde, und daß er sich bei einer Vertagung Handlungsfreiheit für das Arbeitsprogramm der Regierung zusichern lassen wolle.

Man rechnet übrigens allgemein damit, daß der Kanzler nach der Sitzung des Aeltestenrats voraussichtlich am kommenden Sonnabend dem Reichspräsidenten Vortrag halten und die entsprechenden Vorschläge zur Klärung der innerpolitischen Lage machen werde.

Naturgemäß drehen sich die Erörterungen der politischen Oeffentlichkeit auch um

die Fühlungnahme zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten,

zwischen denen auch Donnerstag vormittag weitere Besprechungen stattgefunden haben. Wenn von den beteiligten Parteien auch streng die vereinbarte Vertraulichkeit einbehalten wird, und in der ihnen nahestehenden Presse keine Verlautbarungen gebracht werden, so werden doch von anderer Seite zum Teil sehr ins Einzelne gehende Kombinationen angestellt. Man nennt sogar schon „Ministerlisten" eines neuen „Harzburger Kabinetts". Ganz abgesehen davon, daß bei diesen Plänen auch der Reichspräsident ein wichtiges Wort mitzusprechen haben würde, dürften diese Kombinationen nicht übermäßig stark begründet sein.

Hitlers Bereitschaft?

Eine spätere Berliner Meldung berichtet:

In den Donnerstagabendstunden verdichteten sich die Gerüchte über eine Neubildung des Reichskabinetts in immer stärkerem Maße, wobei die Feststellung gemacht wurde, daß Hitler auf die Führung eines Präsidialkabinetts verzichtet habe und die NSDAP. bereit sei, an einem derartigen Kabinett teilzunehmen. Ob es sich bei diesem Entschluß Hitlers um das gegenwärtige oder um ein neues Kabinett handelt, war regierungsseitig noch nicht festzustellen. Die Regierung Schleicher hält nach wie vor daran fest, daß der Aeltestenrat am Freitag die Entscheidung herbeiführen muß. Für ein neues Präsidialkabinett werden Papen, Goering, Hugenberg, Frick und von Stülpnagel als die kommenden Männer genannt.

Die deutschnationale Absage an Schleicher

Unter der Ueberschrift „Die Gründe der Absage" veröffentlicht der Leiter der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, einen Artikel, in dem er die Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion begründet:

„Zwei Gründe allein, die auf der Linie der deutschnationalen Politik lägen, seien für den Vorstoß maßgebend gewesen, die Gefährdung des autoritären Staatsgedankens durch die Politik des Kabinetts und das vollständige Versagen auf dem Gebiet einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der deutschnationale Schritt sei weder eine „Quittung" darauf, daß der Reichskanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, noch darauf, daß die Regierung „zu wenig gegen den Feldzug der Linken wegen der Osthilfemißstände getan habe". Der Vorstoß richte sich auch nicht „indirekt gegen den Reichspräsidenten". Er liege vielmehr auf der Linie der Politik des Reichspräsidenten, weil er den Gedanken der autoritären Staatsführung, den Hindenburg mit der Berufung des Kabinetts Papen verfolgt habe, vor einem Abgleiten in den Parlamentarismus bewahren wolle."

„Die Deutschnationalen", so schließt der Artikel, „werden eine Entschließung erzwingen, die endlich dazu führt, daß man aus dem Zustand des verschleierten Parlamentarismus herauskommt und sich denjenigen Aufgaben zuwendet, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Not in Angriff genommen werden müssen."

Die Nationalsozialisten gegen weitere Vertagung des Reichstages

Der „Völkische Beobachter" (Berliner Ausgabe) stellt zur innerpolitischen Lage Donnerstag abend fest:

Wie wir hören, beabsichtigt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion, in der Freitagssitzung des Aeltestenrates keinerlei besondere oder neue Anträge einzubringen. Ihre am 20. Januar geäußerte Absicht, daß im Plenum des Reichstages zunächst einmal über die Winterhilfe und die Beseitigung der sozialen Härten der Juli-Notverordnung vom vorigen Jahre beraten werden müßte, hat die Fraktion vorerst fallen lassen, weil die Regierung mit der Begründung, daß doch kein Geld vorhanden sei, auch entsprechende Beschlüsse nicht durchführen würde. Von einer abermaligen Vertagung des Reichstages bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kabinett den Haushaltsplan von 1933 vorgelegt hat, verspricht sich die Fraktion nichts mehr.

Falls nicht besondere Ereignisse in der Zeit zwischen dem 27. und 31. Januar eintreten, ist ein Ablauf der politischen Geschehnisse etwa wie folgt denkbar:

Der Reichstag tritt, wie beschlossen, am 31. Januar zusammen, um eine Regierungserklärung aus dem Munde des Reichskanzlers von Schleicher entgegenzunehmen. Daran wird sich die große politische Aussprache anschließen, die vielleicht bis zum 4. Februar dauern könnte.

Wenn es im Anschluß daran zur Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag kommt, so ist seine Annahme mit den Stimmen der Nationalsozialisten nicht zweifelhaft, umso mehr, als keine einzige Partei, ausgenommen die Deutsche Volkspartei, Veranlassung haben dürfte, den Reichskanzler von Schleicher noch länger zu halten.

Die Entscheidung, ob am 4. Februar die Auflösung des Reichstages kommt, liegt ganz allein beim Reichspräsidenten. Wir wissen nicht, ob er sich bis dahin zu der Ueberzeugung durchgerungen haben wird, daß die Krise nur durch Hitlers Betrauung mit dem Reichskanzlerposten zu lösen ist.

9 Tote, 7 Verletzte in Dresden

Saalschlacht nach einer Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus

Der Polizeibericht

Das Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden teilt mit:

Im Keglerheim auf der Friedrichstraße fand Mittwoch abend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. D. Fraedrich als Redner statt. Da Fraedrich auch in dieser Versammlung in außerordentlich gemeingefährlicher Weise zu Gewalttätigkeiten aufforderte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der Politischen Abteilung für aufgelöst erklärt. Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgekommen wurde, wurde von vorsorglich bereitgehaltener uniformierter Polizei vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Gummiknüppels begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Sprechchöre ein: „Wir bleiben da! Sitzenbleiben!" usw. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern, Aschenbechern, Stühlen usw. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise auch dadurch getroffen wurden und denen im Saal jetzt stärkerer Widerstand entgegengesetzt wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsbesuchern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen. In der Notwehr machten die Beamten nun ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte neun Todesopfer und, soweit sich bisher hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge gehabt.

Oberregierungsrat Dr. Pfotenhauer und Staatsanwalt Hartmann begaben sich sofort zur Untersuchung der Angelegenheit an Ort und Stelle und ließen den Saal versiegeln. Die Leichen wurden vorläufig polizeilich beschlagnahmt.

Die Toten

Das Polizeipräsidium in Dresden gibt die Personalien der getöteten Personen bekannt. Es sind drei Arbeiter, ein Kraftwagenführer, ein Kutscher, ein Bäcker und ein Händler aus Dresden. Die Personalien des achten und neunten Toten konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Die Verletzten, die sämtlich aus Dresden stammen, wurden dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt.

Erklärungen des sächsischen Innenministers

In der Vollsitzung des Landtages gab **Innenminister Richter** eine Erklärung zu den Vorgängen ab, indem er sein Bedauern darüber aussprach, daß die Vorkommnisse der letzten Nacht neun Tote und 11 Verletzte gefordert haben. Ohne der Untersuchung des Staatsanwalts und des Gerichtes vorgreifen zu wollen, wolle er kurz zu den Ereignissen Stellung nehmen, soweit bis jetzt Tatsächliches habe festgestellt werden können. Die Ausführungen des Ministers lauten im allgemeinen so wie der oben wiedergegebene Polizeibericht. (Es kam zu wütenden Zwischenrufen der Kommunisten, unter denen sich besonders der Abgeordnete Sindermann hervortat.) Minister Richter fuhr fort, daß die Polizeibeamten ohne Befehl nach den Stellen der Galerie geschossen hätten, von wo aus sie beworfen oder beschossen worden seien. Die Staatsanwaltschaft habe einen Lokaltermin angesetzt, der soeben erst beendet sei. Ein zweiter vom Gericht veranstalteter Termin sei noch im Gange. Nach den übereinstimmenden Aussagen aller Polizeibeamten sei auf die Polizei von der Galerie geschossen worden. Ein Schütze sei hinter einer Deckung im Anschlag stehend gesehen worden. An dieser Stelle der Galerie befanden sich auch zahlreiche Einschläge, da die Polizeibeamten dorthin geschossen hätten. Im Saal und auf der Galerie seien auch Patronenhülsen gefunden worden, die nicht zu den Pistolen der Polizei gehörten. Auch seien verschiedene Einschläge an den Stellen festgestellt worden, wo die Polizeibeamten gestanden hätten.

Als der Minister dann das Bedauern der Regierung für die Opfer zum Ausdruck brachte, kam es zu erneuten wüsten Lärmszenen der Kommunisten.

Der Minister schloß, daß die Vorgänge der vergangenen Nacht eine ernste Mahnung an alle darstellten. Es habe sich leider gezeigt, daß die Aufhebung der früheren Bestimmungen zum Schutze der Ruhe und Ordnung durch die Reichsregierung übereilt gewesen sei. Die Staatsregierung würde die erforderlichen Maßnahmen von sich aus treffen, um die Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Für die Stadt Dresden sei zunächst ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen worden. Die Polizei müsse sich unter allen Umständen gegenüber Ruhestörungen durchsetzen. Dazu sei sie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet.

Anträge im Landtag

Im Sächsischen Landtag ist folgender **sozialdemokratischer Antrag** eingegangen: In einer kommunistischen Versammlung sind neun Personen durch überwachende Polizeibeamte getötet worden. Diese Tat ist nicht dadurch zu rechtfertigen, daß der Versammlungsredner angeblich Grund zur Auflösung der Versammlung geboten haben soll und die Versammlungsteilnehmer sich zu widersetzen versucht hätten. Der Landtag wolle daher beschließen, die Regierung zu beauftragen,

1. sofort die strengste Untersuchung des Falles durch Beamte, die nicht dem Dresdener Polizeipräsidium unterstehen, durchzuführen,
2. die Beamten, die den Befehl zum Feuern gegeben haben, sofort ihres Dienstes zu entheben,
3. den Ausschuß des Landtages zur Untersuchung der Vorgänge in der sächsischen Polizei und Verwaltung zu beauftragen, den Fall von sich aus zu untersuchen.

Ein kommunistischer Antrag verlangt, die Regierung zu beauftragen,

1. sofort alle an den gestrigen Vorfällen beteiligten Polizeibeamten vom Dienste zu suspendieren,
2. sofort eine Untersuchung unter Zuziehung von Vertretern des Landtages und aus den Kreisen der Versammlungsbesucher einzuleiten,
3. die schuldigen Beamten zu entlassen und streng zu bestrafen.

Unterbrechung der Sitzung des Landtages

Im Anschluß an die Ausführungen des Innenministers begründete **Abg. Edel** (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag und erklärte, daß seine Partei zum Zeichen des Protestes und des Mitgefühls mit den Opfern des ungeheuerlichen Vorkommnisses beabsichtige, den Antrag auf Schluß der Sitzung nach Erledigung dieses Punktes einzubringen. **Während der Rede des Abg. Renner (Komm.) kam es zu einem tumultarischen Zwischenfall auf der Tribüne, der zu einer** Unterbrechung der Sitzung führte.

Nach fast dreieinhalbstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung des Landtages vom Präsidenten mit einer Erklärung eröffnet, in der er sagte, daß es ihm bisher nicht gelungen sei, den Zwischenrufer auf der Pressetribüne einwandfrei festzustellen. Auf alle Fälle stelle es aber eine gröbliche Störung der Ordnung dar, wenn einzelne Abgeordnete auf die Pressetribüne stürzten und dort auf den Mann, den sie für schuldig hielten, eindrängen. Er weise deshalb die Abgeordneten Sindermann (Komm.) und Herrmann (Komm.) aus der heutigen Sitzung aus.

Bei diesen Worten des Präsidenten erhob sich erneut ungeheuerer Lärm bei den Kommunisten, in den auch die Sozialdemokraten einstimmten.

Als die Aufforderung des Präsidenten an die ausgeschlossenen Abgeordneten, den Saal zu verlassen, erfolglos blieb, verließ Präsident Dr. Eckardt seinen Platz, womit die Sitzung nach knapp drei Minuten erneut unterbrochen war.

Nach der zweiten Wiedereröffnung der Sitzung nach 7 Uhr, wobei die Abgeordneten Eindermann und Herrmann (Komm.) fehlten, erklärte Präsident Eckardt, eine Reihe von Abgeordneten und Tribünenbesuchern hätten übereinstimmend bezeugt, daß der nationalsozialistische Pressevertreter Lüttich beleidigende Aeußerungen von der Pressetribüne herab getan habe. Er entziehe deshalb Lüttich vorläufig die Pressekarte.

Als der kommunistische Abgeordnete Renner erklärte, daß sich in Zukunft die kommunistische Opposition bei ähnlichen Vorgängen selbst helfen werde, wurde ihm das Wort entzogen. Es kam wiederum zu wüsten Lärmszenen, in deren Verlauf Präsident Dr. Eckardt den Abg. Müller-Planitz (Soz.) wegen verschiedener Zwischenrufe von der Sitzung ausschloß. Müller-Planitz verließ den Saal jedoch nicht, worauf der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärte.

Neue Maßnahmen der Reichsregierung?

Die blutigen Zusammenstöße in Dresden finden selbstverständlich in Kreisen der Reichsregierung sehr ernste Beachtung. Nachdem bereits vor etwa zehn Tagen angesichts der gesteigerten Hetze in der politischen Polemik eine Warnung der Regierung erlassen worden ist, ist man in Kreisen der Reichsregierung der Auffassung, daß eine Wiederholung derartiger Vorfälle und die Fortsetzung der Hetze, wie sie sich in den letzten Tagen gezeigt hat, Veranlassung geben könnten, gewisse notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Deutschlands Ziel
auf der Abrüstungskonferenz

In der Zeitschrift „Völkerbund", die in Genf von der Deutschen Liga für Völkerbund herausgegeben wird, erscheint am 27. Januar nachstehende **Kundgebung des Reichskanzlers v. Schleicher** über Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz:

„Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage ist durch die Fünfmächte-Entschließung vom 11. Dezember 1932 anerkannt worden. Wir kehren jetzt auf die Abrüstungskonferenz zurück, um zu erreichen, daß hier in kürzester Frist eine Abrüstungskonvention abgeschlossen wird, welche durch die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten die allgemeine, für alle gleiche Sicherheit schafft.

Deutschland hat einen Weg zu diesem Ziel durch seinen Abrüstungsplan vom 18. Februar 1932 gewiesen. Wir würden aber auch jede andere Abrüstungsmaßnahme unterstützen, die den beschleunigten Abschluß einer Konvention ermöglicht, die unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt.

Von der Art und Weise, wie die Konferenz die allgemeine Abrüstung durchführen wird, wird auch die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung abhängen. Denn dieser Grundsatz verlangt, daß alle Ergebnisse der Konferenz uneingeschränkt auch für uns gelten. Zweierlei Recht für die Sieger und für die Besiegten des Weltkrieges darf es nicht mehr geben. Eine Konvention, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt, würden wir niemals unterzeichnen.

Die Herstellung der allgemeinen Sicherheit durch allgemeine Abrüstung ist die Vorbedingung für die Wiederkehr des Vertrauens und für die Wiederkehr gesicherter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt. Die Konferenz trägt die schwere Verantwortung dafür, daß dieses Ziel schnell erreicht wird."

Personalien

Wiederwahl Poelzigs zum Vizepräsidenten der Akademie der Künste

Der Gesamtsenat der Akademie der Künste hat **Professor Poelzig** zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

Professor Poelzig hatte vor kurzem sein Amt als Vizepräsident wegen der gegen ihn im Zusammenhang mit der belgischen Kunstausstellung erhobenen Vorwürfe niedergelegt. Der Senat wendet sich in einer Entschließung ausdrücklich dagegen, daß Professor Poelzig allein für die Veranstaltung der Ausstellung verantwortlich zu machen sei. Die Ausstellung sei bereits im vorigen Jahre in einer Gesamtsitzung der Akademie beschlossen worden.

Reichsminister a. D. Dr. Hermes Präsident der Raiffeisen e. V.

In einer Sitzung des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V. wurde, nachdem der eine der bisherigen Präsidenten, Landesverbandsdirektor Geh. Rat Hohenegg (München) auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, der andere Präsident, **Reichsminister a. D. Dr. Hermes**, zum alleinigen Präsidenten gewählt. Zugleich erfolgte die Wahl des Verbandsdirektors **von Knebel-Doeberitz** (Pommern) und des Verbandsdirektors **Berg-Darmstadt** (Hessen) zu stellvertretenden Präsidenten.

Neue Reichstagsabgeordnete

Der Reichswahlleiter hat dem Reichstagbüro mitgeteilt daß für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Loibl (Bayer. Vpt.) Stadtrat **Adlhoch-Augsburg** Mitglied des Reichstages geworden ist. Für den durch Mandatsniederlegung ausgeschiedenen nationalsozialistischen Abgeordneten Stegmann ist als Nachfolger Steuersekretär **Appler-Gunzenhausen** bestimmt worden.

Nochmals: Butter und Margarine
Wirtschaftspolitik und Landwirtschaft im Hauptausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun die durch die Osthilfedebatte unterbrochene Aussprache über **Wirtschaftspolitik und Agrarfragen** fortgesetzt.

Abg. Morath (Dt. Vpt.) verwies auf die Schwierigkeiten, die gegenwärtig in unserer Handelspolitik bestehen und erklärte, die Deutsche Volkspartei halte Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft durchaus für notwendig, sie wolle aber verhindern, daß diese Hilfe sich zum Schaden der deutschen Exportwirtschaft und damit der breiten Massen des Volkes auswirke.

Abg. Dr. Wissell (Soz.) führte aus, die Regierung müsse sich doch darüber klar sein, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, die deutsche Landwirtschaft gänzlich vom Weltmarkt abzuhängen.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun

erklärte, nach dem Kriege hatten wir im Verhältnis zu den Absatzmöglichkeiten eine Ueberproduktion in der ganzen Welt gehabt, und zwar sowohl auf industriellem wie auf agrarischem Gebiet, während vor dem Kriege ein ausgesprochener Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bestand. Dadurch ist eine ungeheure Erschwerung für unsere einheimische Industrie entstanden, die durch die nachlassende Kaufkraft im Innern noch verstärkt wurde. Seit dem 1. Dezember 1931 sind in neun Ländern neue Einfuhrverbote erlassen, in sieben Ländern neue Einfuhrmonopole errichtet worden, in 21 Staaten wurde die Kontingentierung der Einfuhr neu eingeführt oder erweitert, zehn Länder führen neue Verwendungszwänge für inländische Erzeugnisse ein, in 53 Ländern waren neue Zölle oder Zollerhöhungen zu verzeichnen. In 16 Ländern endlich ist eine Entwertung der Valuta eingetreten, die ebenfalls unsere Ausfuhr aufs schwerste traf; auch das Ergebnis von Ottawa wirkt nicht nur direkt auf die betroffenen Länder, sondern auch indirekt auf Deutschland dadurch, indem diese Länder, denen die Einfuhr nach England erschwert wird, ihre Waren auf den deutschen Markt zu werfen suchen, und zwar zum Teil zu Preisen, die weit unter den eigenen Gestehungspreisen liegen. Alle diese Dinge haben zu einer

Absperrung der Länder gegeneinander

geführt, wie sie schrecklicher nicht erfolgen konnte. Wenn gefragt worden ist, ob die Maßnahmen, die wir zum Schutze der Landwirtschaft getroffen haben und treffen werden, als Dauermaßnahmen angesehen werden, so möchte ich feststellen:

Ich sehne den Tag herbei, wo ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und damit wieder gesunde Preisverhältnisse in der Weltwirtschaft erreicht sein werden und diese Maßnahmen abgebaut werden können.

Eine andere Frage ist, ob wir heute bereits in diesem Stadium des Ausgleichs leben, und diese Frage bedauere ich verneinen zu müssen. Wir sind uns darüber klar, daß

die mangelnde Kaufkraft in der städtischen Bevölkerung

selbstverständlich zu einer Minderabnahme landwirtschaftlicher Produkte geführt hat. Tatsächlich hat die Zahl der für den Binnenmarkt Beschäftigten außerordentlich abgenommen, und zwar ungefähr um diejenige Zahl, um die sich die Arbeitslosen vermehrt haben.

In der gleichen Zeit gingen

die Verkaufserlöse für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse

von 10,29 auf 7,26 Milliarden zurück. Ich habe schon hingewiesen auf den Unterschied, der zwischen dem Index für landwirtschaftliche und industrielle Produkte besteht. Während er für Industrieprodukte 114 beträgt, ist er für Vieh beispielsweise auf 58 gesunken. Auf die Dauer ist diese Preisspanne eine volle Unmöglichkeit. Ich glaube, daß wir einen sehr langen Weg gehen müssen, um hier den Ausgleich zu finden und die Agrarpolitik, die ich für richtig halte, soll diesem Ausgleich dienen.

Der Minister geht dann zu den Fragen der

Fettwirtschaft

über. Der Gesamtfettbedarf wird zu 40 Prozent aus inländischer Erzeugung, zu 60 Prozent durch Einfuhr gedeckt. Bei der Margarine werden die Rohprodukte zu 95 Prozent aus dem Ausland eingeführt. Auf dem Weltmarkt sind Oele um 44 Prozent im Preise zurückgegangen, Walfischtran ist allein seit 1930 um rund 60 Prozent billiger geworden. Schmalz und Butter haben um 30 Prozent, die Margarine nur um 15 bis 20 Prozent nachgelassen. Tatsächlich ist also die Konkurrenz des Walfischtrans für inländische Erzeugnisse sehr groß, ohne daß das in vollem Umfange in den Margarinepreisen zum Ausdruck gekommen wäre. Wir werden

nach wie vor eine Fetteinfuhr notwendig

haben. Wir sind aber auch der Ueberzeugung, daß eine

Steigerung der Eigenproduktion möglich

ist, und daß durch eine gewisse Beimischung die Einfuhr eingeschränkt werden kann. Während im Jahre 1928 die Margarine-Rohstoffe zu 16 Prozent aus Walfischtran bestanden, beträgt der Anteil des Walfischtrans heute annähernd 40 Prozent. Früher wurde Margarine fast ausschließlich aus Rindertalg hergestellt. Gegen eine Margarinesteuer habe ich mich stets gewehrt, weil ich der Ueberzeugung bin, daß man das aus sozialen und anderen Gründen nicht tun kann. Für die armen Volksschichten darf

unter keinen Umständen das Fett, die Margarine, verteuert

werden. Die billige Margarine darf auf keinen Fall verteuert werden. Anders liegen die Dinge bei den teueren Qualitäten der Margarine. In der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember ist der Reichsregierung lediglich die Berechtigung zur Beimischung gegeben worden, ebenso die Berechtigung zur Kontingentierung der Produktion. Ob sie davon Gebrauch machen wird, hängt davon ab, in welcher Form man sich mit der Margarineindustrie einigt. Ich bin persönlich der Ueberzeugung, daß man

angesichts der Gewinne, die die Margarineindustrie, die zu 70 Prozent in ausländischen Händen ist,

in den letzten Jahren gehabt hat, keine Bedenken tragen sollte, einen

gewissen Beimischungszwang

zu verordnen. Ich bin mir ebenso darüber klar, daß ein Beimischungszwang zu den besseren Margarinesorten kein Allheilmittel für alle landwirtschaftlichen Schäden bedeutet. Hierfür müßte eine große Reihe von kleineren und größeren Mitteln systematisch angewandt werden. Zu diesen Mitteln rechne ich allerdings die Butterbeimischung. Nach den Erfahrungen anderer Länder muß die Lösung dieses Problems auch in technischer Hinsicht als durchaus gelöst betrachtet werden. Somit glauben wir auch heute noch, daß eine Beimischung zur Margarine ohne eine Verteuerung der billigen Sorten eine gewisse Erleichterung für die Landwirtschaft bedeuten kann.

Die weitere Aussprache

Abg. Hörnle (Komm.) erklärte, nur eine Politik der Kaufkraftstärkung könne auch der Landwirtschaft Hilfe bringen.

Abg. Dr. Hugo (Dt. Vpt.) stimmte dem Minister zu in den Grundlinien der Politik, die Landwirtschaft in dieser scharfen Krisenzeit zu schützen. Alle Maßnahmen müssen aber ihre Beschränkung finden in der Tatsache, daß sie auch wirklich der Landwirtschaft nützen und nicht politische Spekulationen darstellen. Den Krisenzustand, der sich in der Industrie durch die Riesenarbeitslosigkeit äußert, kann nur die Hebung der Gesamtwirtschaft beseitigen. Ein untaugliches Mittel, der Landwirtschaft zu helfen, ist der Butterbeimischungszwang.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) unterstrich die Feststellung des Ministers, daß keine Regierung in der Lage sei, heute der Landwirtschaft im ganzen in kurzer Frist zu helfen. Das Schlimmste sei, daß die Führer des Bundes der Landwirte nicht den Mut hätten, den Landwirten zu sagen, daß die immer propagierten Mittel zur Hilfe der Landwirtschaft keine Hilfe bringen könnten. Der Beimischungszwang von Butter zu den besseren Margarinesorten werde die Konsequenz haben, daß diejenigen Kreise, die bisher die Margarine abgelehnt hätten, zum Verbrauch von Margarine übergehen würden.

Abg. Dr. Wissell (Soz.) fragt nach den Plänen hinsichtlich der Vermehrung der Oelfruchtsaaten. In Frage komme doch wohl nur der Raps-Anbau.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun erklärte, daß die eingeführten Oelkuchen im Preise außerordentlich zurückgegangen seien. Die Anbaufläche für Raps und Rüben betrug im Jahre 1880: 170 000 Hektar, für Zuckerrüben und Oelsaaten zusammen haben wir einen Rückgang der Anbaufläche um 200 000 Hektar zu verzeichnen. Die Frage, ob die Absicht bestehe, die Oelkuchen zu verteuern, verneinte der Minister. In einem Augenblick, wo die bäuerliche Veredelungswirtschaft aufs schwerste leide, sei es nicht möglich, das billigste Futtermittel zu verteuern. Ob man aber auf die Dauer aus Gründen der agrarischen Produktion um einen stärkeren Oelfruchtanbau herumkommen werde, sei eine offene Frage.

Abg. Faran (Ztr.) fragt, wo wir heute ständen, wenn Zölle und Schutzmaßnahmen überhaupt nicht eingeführt worden wären. Ueber den Butterbeimischungszwang sollte der Ausschuß noch keine Entscheidung treffen.

Damit war die Aussprache beendet. Von den Kommunisten und Sozialdemokraten waren Anträge eingegangen, die die Reichsregierung ersuchen, die Verordnung über den Butterbeimischungszwang sofort aufzuheben.

Der Antrag auf

Vertagung der Abstimmungen

wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Deutschnationalen beschlossen.

Am Freitag stehen die Arbeitsbeschaffungsfragen zur Beratung.

USA und ihre Schuldner
Die amerikanische Einladung

Der grundsätzlichen Ankündigung in dem Bericht vom 19. Januar über die Aussprache Hoover-Roosevelt sind rasch die Taten gefolgt: England und die übrigen nicht säumigen Schuldner Amerikas, das heißt alle mit Ausnahme Frankreichs, Polens und Belgiens, sind in den letzten Tagen zu Verhandlungen in der Zeit nach dem 4. März eingeladen worden.

Die Antwort Englands

liegt bereits vor und die Auseinandersetzungen über das Verhandlungsprogramm sind in vollem Gange. Entscheidend in der Antwort des Foreign Office auf die amerikanische Einladung ist die Erklärung, daß bei den englisch-amerikanischen Besprechungen über Wirtschaftsfragen wohl ein Gedankenaustausch gepflogen, aber keinerlei Entscheidung getroffen werden kann, ehe die Weltwirtschaftskonferenz in Anwesenheit aller dazu eingeladenen Staaten zusammengetreten ist. Wenn England in dieser Weise die Bedeutung der geplanten Weltwirtschaftskonferenz, zu deren Präsidenten Macdonald bestimmt worden ist, nicht verdunkelw lassen will, so liegt darin mehr als nur eine Prestigefrage: Es ist vor allem das Bestreben, die für England lebenswichtigen Fragen wie Goldwährung, Empire-Präferenzen und dergleichen nicht unter dem Druck rein finanzieller Erwägungen entscheiden zu müssen. Bei den englisch-amerikanischen Verhandlungen wäre eine bindende Festlegung Englands auf vielleicht beträchtliche Zugeständnisse an Amerika zu erwarten, während die Ergebnisse einer „multilateralen" Konferenz meist so verklausuliert sind, daß sie den Regierungen praktisch eine sehr große Handlungsfreiheit lassen.

Interessant und gleichfalls von dem Wunsch nach Erweiterung des Kreises der Verhandlungsteilnehmer bestimmt ist die englische Anregung an Amerika, auch Frankreich im März heranzuziehen. Diese auf Grund des Lausanner Vertrauensabkommens gemachte Anregung dürfte freilich den sachlichen Gegensatz zwischen dem amerikanischen und dem französischen Standpunkt nicht überbrücken.

Frankreich

hält vorläufig an seiner These von der Verbindung zwischen Kriegsschulden und Reparationen fest und fühlt sich sehr sicher in dem Bewußtsein, daß eine endgültige Entscheidung ohne Frankreich nicht getroffen werden könne.

Ein beratender Ausschuß bei Roosevelt

Roosevelt hat beschlossen, einen beratenden Ausschuß aus demokratischen Mitgliedern des neuen Kongresses zu bilden, der ihn täglich über die Einstellung des Kongresses zur Frage der Schuldenrevision auf dem laufenden halten soll. Der Ausschuß wird als beratendes Organ in Tätigkeit treten, und man erwartet von ihm, daß er auf widerspenstige Mitglieder günstig einwirken werde.

Ein Verteidiger unter Polizeiaufsicht im Gerichtssaal

In einer Verhandlung vor der Vierten Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin gegen Brenner und Genossen, die der Hehlerei beschuldigt sind und von Rechtsanwalt Dr. Georg Meyer verteidigt wurden, erschienen zwei Kriminalbeamte, die eine kurze Unterredung mit dem Vorsitzenden hatten. Darauf zog sich das Gericht ins Beratungszimmer zurück. Als Rechtsanwalt Meyer den Verhandlungsraum verließ, baten ihn die Beamten, ihnen ins Polizeipräsidium zu folgen. Die Verhandlung wurde darauf unterbrochen, um den Angeklagten einen anderen Verteidiger zu beschaffen. Rechtsanwalt Dr. Meyer sollte einer Haussuchung beiwohnen, die in seinem Büro vorgenommen wurde. Nach der polizeilichen Haussuchung in den Wohnräumen des Rechtsanwalts Meyer kehrte der Anwalt in den ersten Nachmittagsstunden ins Kriminalgericht zurück, um die Verteidigung seiner Klienten fortzusetzen. Er befand sich aber in Begleitung eines Kriminalbeamten, der im Gerichtssaal Platz nahm. Das ist ein Novum in der Berliner Kriminalgeschichte, daß ein Anwalt unter Polizeiaufsicht seine Klienten verteidigt. Zu einer eigentlichen Verhandlung kam es nicht mehr, da Dr. Meyer nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft auf die weitere Verteidigung seiner Mandanten verzichtete.

Schwere Bluttat eines Studenten. In Tübingen hat der 25 Jahre alte Student der Theologie Heinz Rudolph aus Neuruppin die siebzig Jahre alte Witwe Emma Walz durch Schläge mit dem Spazierstock am Kopf so schwer verletzt, daß die Frau kurz nach ihrer Einlieferung in die Chirurgische Klinik starb. Der Täter wurde verhaftet. Er macht den Eindruck eines Geistesgestörten. 1931 war er in der Landesirrenanstalt Neuruppin untergebracht. Was ihn zu der Tat veranlaßt hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Wieder ein Toter der „Niobe" geborgen. Von einem dänischen Fischerboot wurde die Leiche des mit dem Segelschulschiff „Niobe" untergegangenen Seeoffizieranwärters Krellenberg geborgen. Damit sind von den insgesamt 69 Opfern der „Niobe" bisher 47 geborgen.

Nr. 23 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Freitag, den 27. Januar 1933

Aus der Stadt

Der Stadtausschuß für Jugendpflege

veranstaltete am Mittwoch abend im Blauen Saal einen Jugendpflegeabend, an dem sich Jungen und Mädel zahlreich beteiligten. Es war ein frischer, fröhlicher Abend, der die Jugend für Gesang und Musik begeistern sollte. Er hat es auch sicherlich getan. Herr Pfarrer von Renesse begrüßte herzlich die Mitwirkenden und Erschienenen. Schon manche gemeinsame Veranstaltung habe der Stadtausschuß für Jugendpflege der Jugend bereitet, um gemeinsamen Zielen nachzustreben, sich zu freuen. Sport u. Spiel sei betrieben worden, Vorträgen und Vorführungen habe man beigewohnt, mit dem Ziele, die Jugend heranzubilden zur wahren, echten Volksgemeinschaft. Nun solle der heutige Abend dazu dienen, die Interessen zuzuwenden der edlen Tonkunst, der Instrumentalmusik, dem Gesang. Draußen herrsche der harte Winter, schwer und groß sei die Not des Volkes. Das Klagen möge vielen näher liegen als Lachen und Jauchzen. Doch unsere Jugend wolle mithelfen, die Schwierigkeiten zu überwinden und eine neue Zeit herbeizuführen. Sie lasse sich nicht unterkriegen, schaue mutig aufwärts. Nach dem harten Winter folgt ein holder Frühling! Die Jugend lasse sich nicht die Freude nehmen am Lied, frohen Gesang: hier liege die starke Macht für Gemüt, Herz und Idyll. Sie lasse sich gute Musik, die schlichten u. einfachen Volkslieder nicht nehmen von dem Tingeltangel der Zeit, den Gassenhauern und wüsten Schlagern. Dieser Abend möge mit dazu beitragen, daß auch in die Familien wieder das wundersame Volkslied Einzug finde. Denn Gesang ist ein Jungbrunnen unseres Volkes.

Guitarren-Vorträge (Paul Kneer-Arnsberg und Hermann Böddicker-Hagen) erfreuten die eifrigen Hörer. Klassische, volkstümliche und gar Marschmusik war den Instrumenten in feinster Weise zu entlocken. Die Künstler beherrschten ihre Instrumente ausgezeichnet und wurden wiederholt zu Beigaben gezwungen. Für den erkälteten Herrn Böddicker, der gesanglich nicht mitwirken konnte, trat in liebenswürdiger Weise Herr Rektor Baucks ein, der die nicht leichte Aufgabe, die vorgesehenen Lieder zu singen, recht hübsch und zur Freude aller Anwesenden löste. Das Dottelquartett unter der Leitung von Herrn Lehrer Hoppe trug durch die Gesänge zur Ausschmückung der Feier ganz besonders bei. Die feinsinnig u. anmutig gesungenen Liedchen brachten so recht deutlich und klar die Feinheiten und Schönheiten des Gesangs, insbesondere den freundlichen u. lustigen Klang sprudelnder Volkslieder, zum Ausdruck. Herr Hoppe gelang es schließlich noch in netter Weise, die große Jugendgemeinde zu gemeinsamen Gesang zu bewegen, alles stimmte begeistert ein und sang sich Liebe zum Lied ins Herz hinein. Möge das der Erfolg des Jugendabends sein!

Was bringt die Lichtburg?

Ab heute bis einschließlich Dienstag sehen Sie zwei Ufatonfilme. **„Im Geheimdienst"**, der Film beginnt mit jenem deutschen Friedensangebot an die gegnerischen Mächte, das Ablehnung fand, u. endet mit der Zerstörung des russischen Munitionslagers im Frühjahr 1917, durch die die geplante Karfreitags-Offensive zunichte gemacht wurde. Dazwischen liegt der geheime, erbitterte Krieg im Dunkeln um die Dokumente, die den Deutschen über die feindlichen Pläne Aufschluß gaben. Schon das von Walter Reisch verfaßte Manuskript, bot dem Regisseur Gustav Ucicky gute Möglichkeit zu Spannungseffekten, die er trefflich ausgenutzt hat. Und auch Schmidt-Boelckes Musik malt nicht nur, sondern treibt vorwärts. Dann die Darstellung, mit besonderer Sorgfalt bedacht, erste Kräfte eingesetzt an jedem Punkt, auch dem unwesentlichsten. Jeder Kopf markant, jede Geste bezeichnend. Friedrich Kayßler in der Maske des Kanzlers Bethmann-Hollweg verliest mit Anteilnahme das Friedensangebot Deutschlands vom Jahre 1916 im Reichstag. Oskar Homolka, der russische Generalmajor, eckig, unbeugsam, hart; Theodor Loos, Verräter aus Begeisterung für eine Idee. Und im Mittelpunkt das Paar Fritsch-Helm, ohne Pose, ohne Pathetik. Der zweite Film, als „künstlerisch-wertvoll" begutachtet, bedeutet für die Erwachsenen die Erinnerung an schöne Tage, für die Jugend die Erfüllung ihrer schönsten Träume. Wieder einmal ein Stück Neuland im Tonfilm erobert. Frisch hineingegriffen in das Leben unserer Jugend und aus dem Roman von Erich Kästner wurde ein wirkungsvoller Film. Prächtige deutsche Jungens, sozusagen von der Straße weg entdeckt, hineingestellt in eine spannende Handlung, mitten im Großstadttrubel Berlins, in ihrer Urwüchsigkeit unbehindert und in ihrer frischen Unbefangenheit von der Kamera eingefangen. Im Vordergrund natürlich Held Emil, neben ihm in buntem Durcheinander, der kesse Gustav mit der Hupe, der nur noch in Indianerlauten brabbelnde fliegende Hirsch, der kleine, verantwortungsbewußte Dienstag, der ruhig gemessene Professor. Außer den Kindern ist hervorzuheben: Fritz Rasp als glänzende Type von Verbrecher. — Die Ufa-Tonwoche vermittelt Neues aus aller Welt.

Tuch- u. Maßgeschäft
Bernh. Göbel,
Soest, Brüderstr. 40, Fernruf 278.
Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach **Maß.**
Lager feinster in- u. ausländischer Herren-Bekleidungsstoffe.

Klares Amtsdeutsch

Die Neufestsetzung des Schulgeldes für 1933 ist vom Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit folgendem Erlaß geregelt worden:

„Im Einvernehmen mit den Herren Preußischen Ministern des Innern und der Finanzen setze ich gemäß Pargraph 2 Abs. 2 des Schulgeldgesetzes vom 18. Juli 1930 (Zentralbl. S. 202) — in Berücksichtigung der Vorschriften des Artikels 1 Abs. 1 Nr. 3 des Zweiten Kapitels im Vierten Teil der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (R. G. Bl. S. 279), des Paragraph 2 des Artikels 1 im Kapitel 3 des Ersten Teils der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (R. G. Bl. S. 537), sowie des Paragraph 1 des Kapitels 15 im Zweiten Teil der Ersten Preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 (Gesetzsamml. S. 179) — den durchschnittlichen Kostensatz für das Rechnungsjahr 1933 auf 720 Reichsmark fest. Das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen darf daher gemäß Paragraph 2 Abs. 1 des Gesetzes im Rechnungsjahr 1933 240 Reichsmark nicht übersteigen. An den vom Staat unterhaltenen und vom Staat verwalteten höheren Schulen ist vom 1. April 1933 ab dieser Betrag zu erheben."

Sehr verständlich ist dieses Deutsch des Ministeriums für „Volksbildung" nun gerade nicht.

Um die Erhaltung der Berufsschule

Entschließung des Gewerkschaftsringes.

Der Gewerkschaftsring wendet sich in einer Entschließung gegen die drakonische Verminderung der Wochenstunden und die Ausschulung der ungelernten und der weiblichen Jugendlichen bei der Berufsschule, ferner gegen die Einziehung der Berufsschulen an kleinen Orten und schließlich gegen den Versuch der Aufhebung von Fachklassen an Berufsschulen, sowie die Ueberweisung von Aufgaben der Pflichtberufsschulen an Privatschulen. — Er fordert die in Betracht kommenden Wirkungskreise, Länder, Kommunen und auch das Reich auf, endlich den weit über die Einschränkungen bei den übrigen Schulwesen hinausgehenden Abbau bei der Berufsschule zu steuern. — Die Berufsschule vermittelt, so heißt es in der Entschließung des Gewerkschaftsringes weiter, nicht nur ein Mindestmaß individueller Bildung, sondern sie leistet auch notwendige Erziehungsarbeit an den Jugendlichen im Sinne der Arbeitsertüchtigung für Volk, Staat und Wirtschaft. Wenn wir vor einer Wirtschaftswende stünden, so sei doppelt nötig, die Jugend gerade durch den ausreichenden Besuch der Berufsschule vor Demoralisierung und Arbeitsuntüchtigkeit zu bewahren. Notwendig sei Stärkung der Kräfte für den Dienst und die Leistung an der Gemeinschaft.

★

?:? **Auszeichnung.** Dem Turner Willi Ley, Mitglied des S. T. V. von 1862 wurde das deutsche Turn- und Sportabzeichen in Bronze verliehen.

(!) **Zur Nachahmung.** Der Hausfrauenbund Soest überwies der Notgemeinschaft Soest zur zusätzlichen Unterstützung Hilfsbedürftiger aus dem Erlös des Vortrages der Freifrau von Watter, M. d. L., „Mit Kamera und Rucksack durch Sowjet-Rußland" 40,— Rm. — Desgleichen gingen von der Ortsgruppe Soest des „Stahlhelm", B. d. F., 100,— Rm. aus dem Erlös der Reichsgründungsfeier für den gleichen Zweck ein. Die Notgemeinschaft dankt den Veranstaltern herzlichst für diese Zuwendungen und wünscht, daß auch andere Vereine diesem Beispiele nacheifern. Da infolge der Kälte ganz besondere Anforderungen an die Notgemeinschaft gestellt werden, wäre die Ueberweisung weiterer Mittel sehr wünschenswert.

)!(**Quartettverein.** Das diesjährige Winterfest findet am Sonnabend, 11. Februar, im Schützenhofsaale statt. Im Konzert wirken Erika Plettner-Dresden (Alt) und Georg Martin, Soest (Klavier) mit. Der erste Teil des Programms soll dem Gedächtnis Brahms gewidmet sein, dessen Geburtstag in diesem Jahre zum 100. Male wiederkehrt. Nach Klavierwerken und Liedern des großen Meisters singt der Chor die wundervolle Rhapsodie mit Altsolo und Begleitung. Im zweiten Teil sollen neben Klavierkompositionen von Chopin neuere Meister des Liedes — Trunk, Kaun, Lendvai, Graener — mit prächtigen Weisen und Bearbeitungen zu Wort kommen. Solisten und Chor werden ihr Bestes geben, das Konzert erhebend und genußreich zu gestalten.

Auch für den nachfolgenden gemütlichen und unterhaltenden Teil des Abends wird der Quartettverein bemüht sein, seinen Gästen recht fröhliche Stunden zu bereiten.

)!(**Evgl. Volksverein.** Das diesjährige 46. Jahresfest des Evgl. Volksvereins, das nächsten Sonntag nachmittags 4,30 Uhr im Evgl. Vereinshause gefeiert werden soll, hat nicht nur das sonst übliche Programm, sondern ist auch mit der Einweihung der von der Firma Keienburg gelieferten neuen Fahne verbunden. Alle Mitglieder und Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen. Kinder haben keinen Zutritt.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Dinker, 26. Jan. Die Hitler-Jugend Berwicke-Stocklarn veranstaltet am 29. Januar einen Deutschen Abend im Saale Witteborg in Dinker. — Anfang 6 Uhr.

Lippstadt, 26. Jan. **Die Friedrichschule wegen Grippeerkrankungen geschlossen.** Nachdem die Grippe in anderen Städten bereits seit Tagen epidemisch aufgetreten war, tritt diese tückische Krankheit nunmehr auch in Lippstadt heftiger auf. Bei den Behörden und in den Geschäften lichten sich die Reihen immer mehr. Am schlimmsten scheinen die Schulen betroffen zu sein, in denen zum Teil 30 bis 40 Prozent der Schüler nicht mehr zum Unterricht erscheinen. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, mußte aus diesem Grunde die Friedrichschule gestern für acht Tage geschlossen werden. Auch der Turn- und Sportbetrieb der Vereine in der Turnhalle der Friedrichschule muß für diese Zeit wegen Kohlenersparnis ruhen. Der Unterricht beginnt wieder am Donnerstag, den 2. Februar.

Großes Arbeitsbeschaffungsprogramm im Kreise Beckum

Straßenbauten, Bau einer Lippebrücke und umfassende Meliorationen.

Beckum, 25. Jan. Der Kreisausschuß beschloß einstimmig für Arbeiten im Werte von 750 000 Mk die Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm anzufordern. Vorgesehen wurden dabei folgende Arbeiten: Betonstraße von Beckum bis zur Stadtgrenze; Beseitigung der Wegkurve im Zuge der Straße Beckum—Neubeckum; Beseitigung der Kurven und Erhöhung der Straße Beckum—Neubeckum; Beseitigung der Wegkurve der Landstraße Neubeckum—Ennigerloh; Betonstraßendecke im Kirchspiel Beckum im Zuge der Strecke Beckum—Neubeckum u. im Gebiete der Gemeinde Neubeckum; Erbreiterung der Steinbahn auf der Reststrecke der Provinzialstraßen Heessen—Warendorf und Warendorf—Herzfeld; Ausbau der Sandwegstrecke im Zuge der Landstraße Dolberg—Lippborg—Soest; Brücke über die Lippe in Lippborg im Zuge der Landstraße Beckum—Soest (unter Beteiligung des Staates, der Provinz u. des Kreises Soest). Ferner sollen mit der genannten Summe folgende Meliorationsarbeiten ausgeführt werden: Helmbachgenossenschaft Sendenhorst, Westerbachgenossenschaft Sendenhorst, Obere Alpbachgenossenschaft Herzfeld, Genossenschaft Wickentrup Wadersloh, Beubachgenossenschaft Liesborn, Regulierung der Werse Ahlen-Stadt und -Amt und Regulierung des Marbaches Lippborg.

Wirtschaftliches

Essener Großhandels-Fleischpreise.

Essen, 26. Jan. Heute wurden folgende Fleischpreise je 50 kg in Rm. festgesetzt: Ochsenfleisch 42 bis 55, Bullenfleisch 42—48, Kuhfleisch 40—50, Färsenfleisch 46—52, Kalbfleisch 55—65, Hammelfleisch 40 bis 60, Schweinefleisch 54—56 Mark.

Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 26. Jan. Weizen, märk. 182—184, März-Lief. 199—198,5, Mai-Lief. 199,75—199,25, Roggen, märk. 149—151, März-Lief. 161,5—160,75, Mai-Lief. 162—161,5, Braugerste 165—175, Industrie- und Futtergerste 158—164, Hafer, märk. 110 bis 113, Weizenmehl 22,5—25,75, Roggenmehl, 70 Prozent, 19,5—21,5, Weizenkleie 8,35—8,75, Roggenkleie 8,70—9,00 Mark.

Viktoriaerbsen 20—23, Kleine Speiseerbsen 19,5 bis 21, Futtererbsen 12—14, Peluschken 12,5—14, Ackerbohnen 13,25—15, Wicken 14—16, Lupinen, blaue, 8—10, dto. gelbe 11,5—12,75, Seradella, neue, 17—23, Leinkuchen 10,50, Erdnußkuchen 10,60, Erdnußkuchenmehl 10,60—10,70, Trockenschnitzel o. extr. Sojabohnenschrot, 46 Prozent ab Hamburg 9,20, dto. ab Stettin 10,00, Kartoffelflocken 13,40 bis 13,50 Mark.

Speisekartoffeln, weiße 1,30—1,45, rote 1,45 bis 1,55 Mark.

Rauhfutter: Roggenstroh, drahtgepr., neu 0,60—0,80, Weizenstroh, drahtgepr., neu 0,45 bis 0,55, Haferstroh, drahtgepr., neu 0,45—0,55, Gerstenstroh, drahtgepr., neu 0,45—0,55, Roggenlangstroh, geb. 0,70—0,95, Roggenstroh, bindfadengepr. 0,55 bis 0,75, Weizenstroh, bindfadengepr. 0,45—0,55, Häcksel 1,25—1,45, Heu, handelsübl. 1,10—1,30, Heu gutes 1,80—2,15, Luzerne 2,25—2,55, Thymotheeheu 2,30—2,60, Kleeheu 2,10—2,40 Mark.

Der Krieg im Dunkeln

Etwas von der Geschichte der Spionage.
Von Dr. Paul Tieme.

Die juristische Definition des Begriffes der „Spionage" oder des „Geheimnisses" ist bei fast allen Kulturnationen gleich. Sie lautet: „Beschaffung von Informationen auf geheimen Wegen, um dem Feind militärische Nachteile zu bieten". Das Wort „Feind" setzt nicht durchaus einen Kriegszustand voraus, sondern meint schlechthin jede Seite, von der irgendwie und irgendwann einmal Feindseligkeiten erwartet werden könnten. Der Begriff und das Vorhandensein von Spionageeinrichtungen sind auch keineswegs neueren Ursprungs. Spionage ist wohl so alt wie die Menschheit. Selbst Naturvölker, deren Lebensniveau sich heute noch auf der Basis des Urzustandes primitivsten Menschentums bewegt, kennen die Spionage in ihrer einfachsten Form. Sie schicken Kundschafter aus, um sich über Stärke, Bewegungen, Standort und Absichten ihrer Gegner zu unterrichten. Der geschichtlich bezeugte älteste Fall von Spionage ist der des Griechen Ephialtes, der die Perser auf geheimen Wegen über das Gebirge in den Rücken der Heldenschar des Spartanerkönigs Leonidas führte, die den Paß der Thermopylen erfolgreich verteidigte. Leonidas und die Seinen fielen durch diesen Verrat, und damit stand ganz Hellas den Persern offen. Das christliche Mittelalter erblickte in der Person des „Judas" den großen Spion und Verräter, der bei kirchlichen Anlässen u. Volksfesten eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Aus dieser Zeit gibt es heute noch in vielen Städten Verrätergassen, und die Stadt Magdeburg hat sogar ein „Verräterdenkmal". Erfreulicherweise gilt dieses aber nicht der Verherrlichung irgendeines „dergestalt suspekten Subjekts", sondern merkwürdigerweise dem treuesten aller Tiere, einem — Hunde. Am Breiten Weg in Magdeburg ist es zu sehen. Das arme Hundevieh ist zu dieser „Ehrung" auf folgende Weise gekommen: Am 10. Mai 1631 hatte Tylli mit dem kaiserlichen Heere die Stadt plündern, mordend und sengend erobert. Die Bürger hatten ihre Kostbarkeiten und sich selbst, so gut es gehen wollte, in geheime Gewölbe, Keller usw. vor der Wut der fremden Soldateska versteckt. Am Breiten Weg wurde eine Horde Tillyscher Knechte auf ein Hündchen aufmerksam, das an einer bestimmten Stelle des Torgewölbes kratzte, wobei es unaufhörlich bellte und winselte. Die Leute forschten nach und zogen tatsächlich den Herrn des Hundes mit all seinen Schätzen als willkommene reiche Beute an das Licht des Tages. In Prenzlau bewahrt man die abgehauene Hand eines meineidigen Bürgermeisters, der die Stadt gegen Bezahlung den pommerschen Herzögen ausgeliefert hatte. Waren das alles aber gewissermaßen Spione und Verräter im kleinen, so mußten natürlich mit der fortschreitenden Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse in Europa auch Umfang und Aufgaben der Spionage und ihre Organe wachsen. Im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreichte sie meisterliche Gestaltung durch Savary, den Leiter der Geheimpolizei Napoleons I., und seinen Nachfolger, den berüchtigten Fouchee, Herzog von Otranto. Dieser war so mächtig geworden, daß ihn Napoleon I., als er ihn in Ungnade entlassen, schleunigst wiederholen und rehabilitieren mußte, um ihn nicht völlig ausgeliefert zu sein. In den Zeiten bis zum Weltkriege waren Spionagefälle verhältnismäßig selten, obwohl bei den Militärmächten bereits größere „Organisationen für den Geheimdienst" vorhanden waren. Während der Jahre 1914—1918 nahm dann die Spionagetätigkeit seitens aller Kriegführenden ungeheuren Umfang an. In England lag sie in den Händen des „Intelligence Service", in Frankreich war sie im „2eme Bureau" offiziell im „Bureau d'Etat major" organisiert, in Rußland von der berüchtigten 3. Abteilung der „Ochrana", und in Deutschland wurde sie von der Abteilung 3b des Generalstabes des Feldheeres geleitet. Es war immer ein äußerst gefahrvoller Dienst, den die mit den Ermittlungen in Feindesland Beauftragten zu leisten hatten. Am Ende wartete nicht selten ein unrühmlicher Tod auf dem Sandhaufen vor den Mündungen feindlicher Gewehre auf den Spion. Aber auch nicht immer waren es einwandfreie Persönlichkeiten, die zu solchem Wirken sich bereit fanden. Nicht selten wirkten geschickte Spione für beide Seiten. Wo es sich aber um besonders wichtige, dringende Aufgaben handelte, da fanden sich auch deutsche Offiziere und Soldaten, die in unverbrüchlicher Treue zu der übernommenen Pflicht standen und notfalls schweigend zu sterben wußten. In den Kreis dieser Persönlichkeiten und ihrer Arbeit führten manche fesselnden authentischen schriftlichen Berichte. Nunmehr wird aber dieses ernste Kapitel aus der Zeit des Weltkrieges noch lebensvollere und mittelbarere Gestaltung erlangen. Die Ufa hat unter der Regie von Gustav Ucicky, dem Regisseur des „Flötenkonzerts", einen Großtonfilm herstellen lassen, der ein packendes Bild von diesem „Krieg im Dunkeln" widerspiegelt. Der Film führt den Titel „Geheimdienst". Die Hauptrollen liegen in den Händen von Willy Fritsch und Brigitte Helm.

Wetter-Vorhersage

Zeitweise etwas stärker wolkig, sonst aber noch Fortdauer des trockenen Frostwetters.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Langsam ansteigende Temperaturen, aber noch immer mäßiger Frost.

Wenn Ihre Betten
nachgefüllt werden müssen, wenn die Inletts erneuert, die Federn gereinigt, die Steppdecken neu überzogen werden müssen, dann bedienen wir Sie **gut und preiswert.**
Wir holen Ihre Bettsachen ab und stellen dieselben am gleichen Tage wieder zu.
Wäsche- und Bettenhaus
Behle / Soest
Walburgerstraße 22 Fernruf 543.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt" (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Gegen Angriffe auf den Reichspräsidenten

Die dem Stahlhelm nahestehende „Kreuzzeitung" veröffentlicht eine Stellungnahme zu den Angriffen des Generals Litzmann auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg und erklärte u. a. inbezug auf die Rolle Hindenburgs im November 1918:

„Der Herr Reichspräsident hat in seiner bekannten großherzigen Art von vornherein volle Klarheit über die Ereignisse der kritischen Novembertage 1918 geschaffen. Er hat am 27. Juli 1919 in der Kreuzzeitung eine Darstellung veröffentlicht, für deren Inhalt er gemeinsam mit Generaloberst von Plessen, Staatssekretär a. D. Hintze, General Freiherr von Marschall und General Graf Schulenburg die Bürgschaft übernommen hat. Jene Darstellung der unmittelbar Beteiligten ist die echte geschichtliche Quelle für jene Ereignisse und als solche im nationalen Lager unangefochten. Die Rolle des jetzigen Präsidenten ist darin in einer Weise klargestellt, die auch nicht den geringsten Zweifel an seinem bis ins Letzte getreuen Verhalten gegenüber seinem obersten Kriegsherrn aufkommen läßt. Dementsprechend sind auch die Beziehungen des Generalfeldmarschalls zu den übrigen Herren der alten Armee stets ungetrübt geblieben, und das gilt auch für die Person des Generals Litzmann. Es ist nicht richtig, wenn Litzmann sagt, daß er sich seit jenem Winteranfang 1918 von dem Generalfeldmarschall abgewandt habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er noch jahrelang in einem kameradschaftlichen, ja herzlichen Briefwechsel mit ihm gestanden habe. Diese Beziehungen haben erst ein Ende erreicht, als General Litzmann es für richtig hielt, sich parteipolitisch zu betätigen."

Die Veröffentlichung der Kreuzzeitung bringt sodann eine authentische Darstellung der Ereignisse des Novembers 1918 und stellt zum Schluß fest, daß der Reichspräsident sich niemals von den vaterländisch denkenden Deutschen abgewandt und den „Roten und Schwarzen ergeben" habe.

„Der Herr Reichspräsident", so heißt es in der Veröffentlichung weiter, „hat sich nie irgendeiner Partei ergeben, sondern stets die Linie eingehalten, die ihm sein Gewissen für das deutsche Volk vorschrieb. Von dieser politischen Wertung abgesehen, muß aber die Persönlichkeit des Feldmarschalls und Reichspräsidenten für alle guten Deutschen unantastbar über allen persönlichen Angriffen stehen. Er ist gerade in den Stunden schwerster Entscheidungen das Vorbild eines charaktervollen und verantwortlich handelnden deutschen Mannes gewesen."

Forderungen der württembergischen Landwirte

Auf dem Bauerntag des landwirtschaftlichen Hauptverbandes von Württemberg und Hohenzollern führte der rheinische Landbundführer Freiherr von Lucninck u. a. aus: Die deutsche Landwirtschaft habe in den letzten Jahren aus eigenen Kräften ein ganz ungewöhnliches Maß von Fortschritten in der Rationalisierung ihrer Betriebe, sie habe Verbilligungen und Verbesserungen erreicht und wesentlich mehr geleistet, als die deutsche Industrie, der Handel, die unter weit günstigeren Verhältnissen gestanden hätten. Die bekannte scharfe Erklärung des Reichslandbundes müsse als ein heftiger Ausdruck der Verzweiflung und Verbitterung, die in der ganzen deutschen Landwirtschaft herrschten, angesehen und gewertet werden. Es gäbe keine andere Möglichkeit zur Rettung der deutschen Landwirtschaft als eine systematische Umstellung auf eine Verstärkung des Binnenmarktes.

Es wurden Protesttelegramme an den Reichskanzler und an den Reichsernährungsminister gesandt.

Die Hückeswagener „Wahlschlacht" vor dem Reichsgericht

Das Reichsgericht in Leipzig als Revisionsinstanz befaßte sich mit den blutigen Vorgängen in Hückeswagen, denen am Tag zur Reichspräsidentenwahl die Kommunisten Blumberg, Fries u. Mondre zum Opfer fielen. Am 13. März v. Js. kam es in Hückeswagen zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Letztere riefen zu ihrem Schutz Lenneper Parteigenossen unter Führung des Zahnarztes Dr. Heuckenkamp zu Hilfe. Bei Eintreffen der Lenneper in Hückeswagen entstand eine Schießerei, wobei der Kommunist Blumberg getötet wurde. Die Nationalsozialisten flüchteten in die Wohnung des Nationalsozialisten Marx. Darauf sammelten sich die Kommunisten vor dessen Haus und verlangten die Herausgabe eines Nationalsozialisten. In dem allgemeinen Tumult gab Marx aus einer Armeepistole mehrere Schüsse ab, durch die die Kommunisten Fries und Mondre getötet wurden. Den tödlichen Schuß auf Blumberg soll der Nationalsozialist Willmund abgegeben haben.

Am 26. Mai verurteilte das Schwurgericht in Wuppertal den 27jährigen Bäcker Willmund wegen Totschlags zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe. Dieses Urteil wurde vom Reichsgericht in vollem Umfange bestätigt. Der 41jährige Dachdecker Marx erhielt wegen Totschlags fünf Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust sowie wegen verbotenen Waffenbesitzes 50 Mark Geldstrafe. Das Urteil gegen ihn wurde vom Reichsgericht hinsichtlich des Vergehens gegen die Ausschreitungsverordnung vom 28. 3. 31 und gegen das Waffenmißbrauchsgesetz aufgehoben. Im übrigen wurde auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil zu seinen Ungunsten aufgehoben. Zur Festsetzung einer neuen Strafe gegen Marx wurde das Verfahren gegen ihn an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der 31 Jahre alte Zahnarzt Dr. Heuckenkamp war wegen Raufhandels zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Verfahren gegen ihn wurde vom Reichsgericht auf Grund der Amnestie eingestellt.

Reichsbürgschaft für Düngemittellieferung

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten vom 19. Januar 1933 ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, für die Lieferung von Düngemitteln zur Frühjahrsbestellung in ähnlicher Weise wie im letzten Frühjahr eine Reichsbürgschaft in Gemeinschaft mit den Düngemittelsyndikaten zu übernehmen.

Zur Sicherung der Düngemittelforderungen und der Forderungen aus Lieferung von anerkanntem Saatgut ist ferner wieder ein Früchtepfandrecht angeführt worden, das ähnlich wie im Vorjahre ausgestaltet worden ist.

Die Arbeitszeitkonferenz

legt sich auf keine Einzelheiten fest

Die internationale Konferenz über die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche hat die von verschiedenen Regierungsvertretern eingebrachte Entschließung, in der ohne Festlegung im einzelnen die Verkürzung der Arbeitszeit als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet wird, angenommen.

Gegen die Entschließung stimmte mit Ausnahme des italienischen Arbeitgebervertreters, der sich dafür aussprach, die ganze Arbeitgebergruppe, 41 Stimmen der Regierungsvertreter und der Arbeitnehmergruppe wurden für die Entschließung abgegeben; 7 Regierungen haben sich der Stimme enthalten. Von den Regierungen haben gegen die Entschließung gestimmt England, Brasilien und Portugal. Die Arbeitgebergruppe gab nach der Abstimmung die Erklärung ab, daß sie an den weiteren Beratungen teilnehme, obwohl sie die vorliegenden Vorschläge für unannehmbar ansehe.

Die Frage des Lohnausgleichs bleibt offen, nachdem ein Antrag der Arbeiter, die Senkung der Wochenlöhne und Monatsgehälter zu verbieten, abgelehnt worden ist.

Die Konferenz tritt nunmehr in die Einzelberatung über ein internationales Abkommen zur Verkürzung der Arbeitszeit ein.

Der deutsche Außenhandel im Dezember und Jahr 1932

Die Einfuhr im Dezember beträgt 423 Millionen RM; sie ist gegenüber dem Vormonat um 29 Millionen RM. gestiegen. **Die Ausfuhr** hat mit 491 Millionen RM. gegenüber November um 16 Millionen RM. zugenommen. **Die Handelsbilanz** schließt im Dezember mit einem **Ausfuhrüberschuß von 68 Millionen RM.** gegenüber 82 Millionen im November ab.

Für das **Jahr 1932** schließt die **Handelsbilanz** mit einem **Ausfuhrüberschuß** in Höhe von **1073 Millionen RM.** ab gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 2872 Millionen RM. im Jahre 1931.

Die in diesen Zahlen einbezogenen **Reparationslieferungen** betragen 363 Millionen RM. im Jahre 1931, im Jahre 1932, solange noch getätigt, 62 Millionen RM. Die Gesamteinfuhr im Jahre 1932 beziffert sich auf 4,7 Milliarden RM; ihr Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt mithin 2 Milliarden RM. Die Gesamtausfuhr im Jahre 1932 beläuft sich auf 5,7 Milliarden RM; sie bleibt damit hinter derjenigen des Jahres 1931 um fast 3,9 Milliarden zurück.

Phantastische Beschuldigungen eines Polen gegen Deutschland und Danzig

Im Haushaltsausschuß des Sejms ergriff während der Aussprache über das Heeresbudget auch der Abgeordnete Tebenka vom Regierungsblock das Wort, um zu behaupten, daß die deutsche Spionage in Polen in Danzig ihre Zentrale habe. U. a. erklärte er, verschiedene Danziger Beamte seien im Dienste der deutschen Spionage und ein Polizeikommissar sei Spionagechef. Das seien Zustände, die nicht mehr länger geduldet werden könnten. Danzig müsse ihnen unbedingt ein Ende machen.

Ein Donau-Oder-Kanal?

In Kreisen, die dem Kanalbau nahestehen, hört man in letzter Zeit sehr viel über den Bau eines Kanals zwischen Oder und Donau sprechen. Dieser Plan wurde übrigens schon vor längerer Zeit angeregt, doch dürfte man bei der zuständigen Stelle, wie wir von gut unterrichteter Stelle hören, ein solches Projekt noch nicht für entscheidungsreif ansehen. Vor allem sollen in Oberschlesien selber ganz erhebliche Bedenken gegen einen Oder-Donau-Kanal bestehen, die erst dann fallen gelassen werden könnten, wenn auf alle Fälle sichergestellt ist, daß die oberschlesische Wirtschaft durch eine solche Verkehrslinie in keine wirtschaftlich ungünstigere Lage als die tschechische Industrie von Mährisch-Ostrau geraten würde. In diesem Zusammenhang kann übrigens darauf verwiesen werden, daß die Frage eines Staubeckens für die Malapane von sehr viel aktuellerer Bedeutung für Oberschlesien sei. Man hört dazu, daß die maßgebenden Reichsstellen diesem Projekt durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen und es dürften im wesentlichen lediglich finanzielle Schwierigkeiten sein, die eine Durchführung dieses Projektes noch nicht zulassen.

Die Brandursache auf der Atlantique

Zu der Ursache des Brandes auf der Atlantique, die wahrscheinlich in einem Kurzschluß elektrischer Kabel zu suchen ist, meldet „Matin", daß der Kurzschluß selbst wahrscheinlich durch den hohen Seegang in der Nacht vor dem Brand hervorgerufen worden ist. Der Sturm sei so heftig gewesen, daß ein Flügel im Speisesaal umstürzte. Man könne also annehmen, daß die in der Kabine 222 aufgestapelten Matratzen ins Rollen kamen und eine elektrische Tischlampe heruntergerissen wurde, wodurch der Kurzschluß entstanden sei. Es sei nur ein eigentlicher Brandherd festzustellen gewesen. An Hand der an Bord befindlichen Uhren habe man durch einen Vergleich der Zeiten, zu denen sie stehen geblieben seien, die Entwicklung des Brandes verfolgen können.

Ein Fischer hat vor Cherbourg auf hoher See die Leiche eines Ingenieur-Offiziers der Atlantique gefunden und an Land bringen können.

★

Die vom Handelsgericht in Cherbourg mit der Prüfung des Wracks der „Atlantique" betrauten Sachverständigen erklären in dem von ihnen vorgelegten Bericht, daß der Schiffsrumpf erst im Trockendock untersucht werden könne. Die Wiederinstandsetzung unter Verwendung der noch brauchbaren Materialien würde sich auf rund 208 Millionen Franken stellen.

Die Trümmer des Flugzeuges Hinklers gefunden?

In Auxerre (Departement Yonne) war das Gerücht verbreitet, daß man in einem Wäldchen bei Auxerre die Trümmer des Flugzeuges des seit dem 7. Januar vermißten englischen Fliegers Bert Hinkler entdeckt habe. Die sofort angestellten Nachforschungen führten gestern zu keinem Ergebnis. Sie werden fortgesetzt. Das Flugzeug Hinklers soll tatsächlich am 7. Januar in den ersten Morgenstunden über verschiedenen Dörfern des Departements Yonne gesichtet worden sein.

Nach einer Meldung des „Journal" soll der Apparat Hinklers möglicherweise südlich des Matterhorns abgestürzt sein. Die Nachforschungen des englischen Fliegerhauptmanns Hope würden sich nunmehr auf diese Gegend erstrecken.

Kein Sonderregime in Eupen-Malmedy

Im Zusammenhang mit der Ausweisung des deutschen Kaplans Gilles aus Eupen-Malmedy wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die belgische Regierung für diese Gebiete die Einführung eines Sonderregimes plane. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, liegt zu dieser Befürchtung keinerlei Anlaß vor. Von belgischer Seite sind dem deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath gegenüber entsprechende Erklärungen gemacht worden.



Lache Bajazzo

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU I. SA.

(10. Fortsetzung.)

Ihr Blick hob sich scheu zu dem seinen auf. Sie hatte noch immer Furcht vor ihm. „Wenn du erlaubst, daß ich ein paar Minuten für mich allein bin — vielleicht — finde ich mich wieder zurecht."

„Gut! Ich werde dich allein lassen!"

Er ging nach seinem Ordinationszimmer hinüber und drückte die Türe ins Schloß. Aber es litt ihn nicht lange. Nach kaum drei Minuten stand er schon wieder vor ihr. „Laß sein, Kind, und komm zu Bett, es ist fast halb vier vorüber."

Sie blickte ihn an, ohne ihn zu sehen. An dem starren Ausdruck ihrer Pupillen erkannte er, daß sie ihn gar nicht bemerkte, oder daß ihre Gedanken zum mindesten weit weg von ihm waren. Dann begann sie halblaut vor sich hinzusprechen.

„Hilde!" sagte er bittend.

„Es ist schrecklich, wie er leidet!"

„Wer?" In seiner Stimme schwankte Drohen und Neugier zugleich.

„Hettingen."

„Hilde!" Er fuhr vom Sofa auf und hob sie zu sich empor. Unsägliches Mitleid mit seinem jungen Weibe erfüllte ihn. War es durch Hunger, Entbehrung und Angst vor ihm schon so weit gekommen, daß ihre Gedanken sich zu verwirren begannen? „Wir wollen schlafen gehen," mahnte er gütig.

Starr sah sie ihm ins Gesicht. „Es ist alles voll von seinem Blut! Ueber Gesicht, Hände und Füße rinnt es! Es ist ganz dunkelfarben und sickert aus seinem Herzen." Ihr Körper wurde plötzlich von einem heftigen Weinen geschüttelt. „Hier liegt er nicht. Hier nicht! Viel weiter nach rechts! Dort, wo die roten Blumen stehn."

Dann Stille! — —

Mit fragwärts geneigtem Gesichte ruhte sie schwer an seiner Schulter.

Die Lampe flackerte zuckend auf. Durch die offenen Fenster kam der erste Strahl des erwachenden Sommertages und des sich regenden Lebens.

Ein Wagen fuhr rasselnd vorüber. Aus den nahen Anlagen pfiffen Vogelstimmen herüber. Vereinzelt! Schüchtern! Menschenlaute mischten sich aufdringlich dazwischen. Die Straßenfeger gingen an ihre Arbeit.

Feßmann nahm seine bewußtlose Frau und trug sie nach ihrem Zimmer. „Hilde!" flüsterte er abbittend.

Aber sie hörte ihn nicht. Wie von einer tiefen Ohnmacht umfangen ruhte ihr Kopf gegen seine schweratmende Brust. Behutsam legte er sie in die Kissen und setzte sich dann zu ihr, die kältestarren Finger mitleidig zwischen seine warmen zitternden nehmend. Unverwandt ruhten seine Blicke auf ihrem schneeigen Gesicht, in dem die Augen mit tiefen blauen Rändern eingezeichnet lagen.

Gegen Morgen erhob er sich geräuschlos, ging in sein Arbeitszimmer hinüber und drehte die Kurbel des Tischtelephons.

„Nummer 6640!"

Es war erst sieben Uhr. Was würde man sich im Hause Hettingen denken, wenn er so früh schon schellte? Aber er konnte nicht anders! Die Sorge erwürgte ihn sonst.

Eine dünne brüchige Stimme meldete sich. Dann wurde sie von einer anderen unterbrochen.

„Hans, du? Brauchst du mich?"

„Joachim, bist du es selbst!" schrie Feßmann überlaut. „Gewiß, mein Lieber! Kann ich dir irgendwie dienlich sein? Wie hat dir und Schwester Brunhilde der Abend bekommen?"

„Gut! Ich danke dir, Achim! Ich wollte mich nur vergewissern, ob du auch ohne Unfall nach Hause kamst! Ich habe mir Vorwürfe gemacht, daß wir dich allein gehen ließen!"

„O, du getreuer Jonathan!" Ein herzliches Lachen folgte. „Ich bin schon eine Stunde durch den Prater geritten und habe mir die Morgenluft um die Ohren wehen lassen. Wenn es dir möglich ist, komm heute abend. Ein ganz intimer Kreis! Du kannst dann Schwester Brunhilde eine Ueberraschung mit nach Hause bringen!"

„Ja!"

„Schluß!" sagte eine energische Stimme von der Zentrale her.

Feßmann hängte den Hörer ein und ging zu seiner Frau hinüber.

Eine quälende Unrast war in ihm, mehr zu wissen und den Fäden nachzuspüren zu dem Letzten, woraus Brunhilde ihr Ahnen schöpfte.

Als er sie auf die Stirne küßte, erwachte sie. In ratlosem Schrecken sah sie ihn an. „Ich habe verschlafen, Hans! — Verzeih mir! — Es wird nicht wieder vorkommen!"

Seine Lippen auf die ihren neigend drückte er sie sorglich zurück. „Du sollst ruhen, solange du das Bedürfnis danach fühlst! — Es ist übrigens noch gar niemand gekommen!" gestand er mit einem resignierten Lächeln. „Nur eine Frage, wenn du mir noch beantworten wolltest!"

„Gern!"

„Hast du früher irgendwo — ich sage besser — irgendwie als Medium gedient?"

„Als was? — Hans?"

„Als Medium!"

Sie errötete dunkel. „Ab und zu — als die Eltern noch lebten und große Abendgesellschaften gaben — hat ein befreundeter Professor hin und wieder Versuche mit mir gemacht — Nur so zur Unterhaltung der Gäste! — Später nie mehr!"

„Warum hast du mir nicht davon erzählt?"

Ihr Blick ruhte zwischen Furcht und Abbitte in dem seinen. „Ich wußte nicht, daß es dich interessiert! — Und dann sagtest du auch einmal, das wäre der größte Schwindel, den du dir denken könntest. — Da habe ich mir nicht mehr getraut, mit dir darüber zu sprechen."

Er nickte. „Und heute nacht, Brunhilde?"

„Was war da, Hans? — Habe ich da etwas gelegt? Im Traum vielleicht?"

„Du hast über Hettingen gesprochen!"

„Ueber Hettingen? —"

„Ja! Entsinnst du dich?"

„Nein!" — Sie versuchte, angestrengt nachzudenken.

„An gar nichts, Hilde?"

Ein verzweifeltes Schütteln des Kopfes. „Ich weiß auch nicht, wie ich zu Bett gekommen bin."

„Ich habe dich herübergetragen."

Sie griff nach seinen Händen und preßte sie an die Lippen. Er bemerkte, wie müde sie war, und bat, sie sollte noch einmal zu schlafen versuchen. Gehorsam lehnte sie den Kopf zurück und schloß die Augen. Als er sich nach einer Weile über sie neigte, war sie bereits fest eingeschlafen.

Er ging nach seinem Ordinationszimmer und machte, über seinen Schreibtisch gebeugt, folgende Eintragung in sein Tagebuch:

„Hier liegt er nicht! — Hier nicht! Viel weiter nach rechts — dort, wo die roten Blumen stehn!"

Ein Etwas schnürte ihm die Brust zusammen, daß er nicht anders konnte, als das Spiralenlineal, das auf der grünen Filzplatte lag, zu nehmen und es in der Mitte entzweizubrechen.

Der Vormittag verging, ohne daß auch nur ein Patient erschienen wäre. Mit den Tausend-Schillingnote bezahlte er den Stapel Rechnungen, der ihn seit Monaten drückte. — Nun war er [illegible] Alle ledig. (Forts. folgt.)

Aus Westdeutschland

Vom Mittel- und Oberrhein

43. Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz

Die 43. Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz wurde in Bonn eröffnet. Als Vertreter des Oberpräsidenten nahm Graf Matuschka und als Vertreter der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer Regierungspräsident Paulissen an der Hauptversammlung teil.

Der erste Teil der Tagesordnung befaßte sich mit rein geschäftlichen Angelegenheiten. Als Stellvertreter und zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden wurden Major von Stedmann für den Kreis Koblenz und Landwirt Philippsen für den Regierungsbezirk Trier gewählt.

Den Hauptteil der Sitzung bildete der Haushaltsplan 1933, den Kammerdirektor Dr. Müller erstattete. In ihm wird darauf hingewiesen, daß der Staat und die Provinz außerordentliche Kürzungen der Zuschüsse vorgenommen haben, und daß daraufhin erhebliche Sparmaßnahmen durchgeführt werden mußten. Der Haushaltsplan schließt in Ein- und Ausgaben mit 3 359 025 RM. ab; das sind 98 525 RM. weniger als im Vorjahre. Die Versammlung beschloß die Erhebung einer Umlage von 42 statt 45 Pfg. im Vorjahr je 1000 RM. Reichseinheitswert. Als bedauerlich wurde bezeichnet, daß bei den einzelnen Haushaltsplänen der Institute und Einrichtungen der Landwirtschaftskammer große Abstriche gemacht wurden.

Aus der Versammlung wurden Stimmen laut, die mit der Berufsgenossenschaft unzufrieden waren. Es wird jetzt die Zusammenfassung aller bäuerlichen Organisationen, die eine Vereinfachung der Arbeitsgebiete sowie Beitragsersparnisse bezwecken soll, angestrebt. Die Versammlung beauftragte den Vorstand der Landwirtschaftskammer, eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Organisationen in der Rheinprovinz herbeizuführen.

Schließlich wurde dem Antrag auf Erwerb eines Gebäudes für die Forstschule der Landwirtschaftskammer zugestimmt und dafür 80 000 RM. bewilligt.

8 Jahre Zuchthaus für den Räuber Karsznia

Die Große Strafkammer Köln verurteilte nach zwölfstündiger Verhandlung den berüchtigten Räuber Jan Karsznia, einen polnischen Staatsangehörigen, der gemeinsam mit dem ebenso berüchtigten Räuber Josef Neunzig den Raubüberfall auf die Sparkasse in Hoffnungstal verübte, wegen dieses Verbrechens, wegen eines schweren Einbruchsdiebstahls in das Postamt Kalkerfeld und wegen eines später versuchten Raubüberfalles auf dasselbe Postamt zu einer Gesamtzuchthausstrafe von acht Jahren, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Bei dem Raub auf das Postamt stand Karsznia der Oberpostschaffner Franz Linder zur Seite, der bei dem Postamt seit langen Jahren tätig war und die Verhältnisse dort genau kannte. Linder, inzwischen wegen schwerer Amtsunterschlagung zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt, hatte sich jetzt gemeinsam mit Karsznia vor der Strafkammer zu verantworten. Er erhielt weitere vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. — Josef Neunzig ist bereits früher wegen zahlreicher Raubüberfälle zu der zeitlichen Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er in der Strafanstalt Zell a. d. Mosel verbüßt.

Bei dem Raub in Hoffnungstal fielen den Verbrechern, die Gesichtsmasken trugen und Schreckschüsse abgaben, 2600 RM. in die Hände. Auch der erste Raub auf das Kalkerfelder Postamt glückte. 13 600 RM. wurden damals erbeutet. Beim zweiten Versuch wurde Karsznia von den Beamten überwältigt. Er trug eine Postuniform bei der Ausführung des letzten Verbrechens, die ihm Linder besorgt hatte. Seine Spießgesellen bei dem letzten Ueberfall, Flemm und Küntzer, konnten entkommen. Küntzer war bis heute noch nicht zu ermitteln, und Flemm ertrank im vergangenen Jahre im Rhein.

Andernach. Dunkle Geschichten. Wie erinnerlich, entspann sich dieser Tage zwischen Andernach und Mayen eine tolle Jagd zwischen einem Polizeiwagen und einem verdächtigen Personenauto mit belgischen Kennzeichen. Die beiden Insassen, zwei Architekten aus Köln, wurden gestellt, nachdem ihr Wagen bei Plaudt gegen einen Brückenpfeiler geprallt war. Der belgische Luxuswagen wurde jetzt von seinem Eigentümer, einem neubelgischen Geschäftsmann, in Empfang genommen. Die Autobanditen hatten ihm den Wagen in Köln gestohlen, als der Besitzer sich in einer Wirtschaft befand. Es steht fest, daß der Wagen inzwischen zu allerlei dunklen Geschichten verwendet worden war. Beispielsweise sind Schmuggelfahrten mit ihm unternommen worden.

Neuwied. Beim Eishockeyspiel ertrunken. Auf der Eisdecke der Wied bei Niederbieber vergnügten sich mehrere zwölf- bis vierzehnjährige Jungen mit Eishockeyspielen. Der 12 Jahre alte Ernst Michels aus Niederbieber, der einem aus dem Spielfeld rollenden Ball nacheilte, versank plötzlich in dem zwei Meter tiefen Wasser. Die Rettungsversuche der Freunde waren leider ohne Erfolg. Erst nach 1½stündigem Absuchen des Wassers konnte die Feuerwehr die Leiche des Jungen bergen.

Obermendig. Er wollte das Haus sprengen. Vormittags versuchte ein in den 40er Jahren stehender Junggeselle, das zur Zwangsversteigerung stehende Haus „Hammerschlag" in die Luft zu sprengen. Um das unmittelbar an das Haus angebaute Nachbargebäude nicht in Mitleidenschaft zu ziehen, hatte er die Dachbalken an der entgegengesetzten Seite durchgesägt, damit der Giebel nach dieser Seite fallen sollte. Nachdem er zwei Sprengkörper mit Schwarzpulver gefüllt und die Zündschnur angesteckt hatte, verließ er schleunigst das Haus. Die Sprengwirkung der Pulverladungen verursachte jedoch nur geringen Schaden, weil die Schüsse nicht genügend abgedeckt waren. Als der Mann sah, daß der Schaden nicht bedeutend war, zertrümmerte er mit der Axt die Fenster. Polizeibeamte nahmen den Wüterich in Haft. Bei seiner Vernehmung gab er an, die Staatsanwaltschaft durch sein Vorgehen auf das Unrecht aufmerksam machen zu müssen, das ihm als Miterbe des Hauses widerfahren sei.

Saarbrücken. Neueinstellungen bei der Burbacher Hütte. Auf der Burbacher Hütte, die zum Arbed-Konzern gehört, wurden dieser Tage die Umbauarbeiten im Walzwerk, die 1931 eingestellt worden waren, wieder aufgenommen. Dadurch erhielten mehrere hundert Arbeiter wieder Beschäftigungsmöglichkeit. Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden.

Vom Niederrhein

Düsseldorf. Auch in Düsseldorf Karnevalszug. Das Rosenmontagskomitee hat beschlossen, auch in diesem Jahre einen Rosenmontagszug zu veranstalten. Der Zug soll unter dem Motto stehen: „Helau, et wöhd besser". Es ist damit zu rechnen, daß der Zug mindestens 20 schöne humorvolle Wagen umfassen wird.

Düsseldorf. Raubüberfall. In der Nacht kurz nach Mitternacht wurde der 75 Jahre alte Invalide Anton S. molski in seinem Häuschen am Hellweg von drei unbekannten Männern überfallen. Die Räuber klopften an die verschlossene Tür und verlangten Einlaß. Als der alte Mann nicht öffnete, drückten sie gewaltsam die Tür ein und verlangten von dem Ueberfallenen die Herausgabe von Geld und Wertsachen. Sie suchten die ganze Wohnung ab, fesselten den Ueberfallenen und banden ihn am Herd fest. Nachdem sie alles vergeblich abgesucht hatten, verschlossen sie die Tür wieder von außen und entkamen unerkannt. Dem Manne gelang es dann, sich wieder zu befreien und die Benachrichtigung der Polizei zu veranlassen.

Aachen. Brand in einer Sakristei. In der Nacht gegen 3.30 Uhr brach in der Sakristei der hiesigen Kirche St. Foillan Feuer aus. Man nimmt an, daß das Feuer infolge Ueberheizung der unter dem Holzfußboden liegenden Heizung aufgekommen ist. Die Feuerwehr mußte mit Rauchmasken vorgehen und konnte innerhalb einer Viertelstunde den Brand auf seinen Herd beschränken. Trotzdem verbrannten drei große Schränke mit weniger wertvollen Sachen. Auch fielen 30 Rochetts, darunter einige kostbare Stücke aus der Barockzeit, den Flammen zum Opfer. Ein in der Sakristei aufgestellter Altar und sonstiges Mobiliar wurde beschädigt. Der sehr erhebliche Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Hessen-Nassau

Frankfurt a. M. Gemeines Verbrechen an einem jungen Mädchen. Die in Enkheim wohnende, in Frankfurt beschäftigte 17 Jahre alte Maria Mohn ist am Abend zwischen 20 und 21 Uhr bei der Heimkehr von der Frankfurter Arbeitsstätte nach Verlassen der elektrischen Bahn auf dem Waldwege Bergen—Enkheim angegriffen worden, wahrscheinlich von einem Sittlichkeitsverbrecher. Der Mensch riß dem Mädchen nach heftiger Gegenwehr die Kleider vom Leibe. Infolge der Aufregung fiel das Mädchen in Ohnmacht und blieb vollständig unbekleidet in der bitteren Kälte am Wegrand liegen. Sein Stöhnen wurde von Vorübergehenden gehört, die für Hilfe sorgten. Ob dem Täter sein unsittliches Vorhaben tatsächlich gelungen ist, steht noch nicht fest. Es wird nach ihm gefahndet. Eine ziemlich sichere Spur ist vorhanden.

Münsterland, Ostwestfalen

Beisetzung des Dompropstes Prof. Dr. Linneborn in Paderborn

Am Donnerstagmorgen wurde in Paderborn die irdische Hülle des am Sonntagmorgen im Alter von 66 Jahren verstorbenen Dompropstes Prof. Dr. Linneborn zur letzten Ruhe geleitet. Nach einem Totenoffizium wurde die Leiche von der Kurie abgeholt und in den Dom übergeführt. Um 9 Uhr fand ein feierliches Levitenseelenamt für den Verstorbenen statt, nach dem Professor Dr. Peters, ein priesterlicher Freund des Verstorbenen, die Kanzel betrat, um dem Freunde ein letztes Lebewohl zu sagen. Er würdigte die hohen Verdienste des Dompropstes im kirchlichen wie im politischen Leben. Dann nahm der Erzbischof Dr. Kaspar Klein die Einsegnung der Leiche vor. Hierauf setzte sich ein langer Trauerzug, in dem man Vertreter der kirchlichen Behörden, das gesamte Metropolitankapitel, den größten Teil der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums, der der Verstorbene seit 1925 angehörte, unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Prälaten Dr. Lauscher, den Oberpräsidenten Gronowski-Münster und eine große Zahl priesterlicher Freunde bemerkte, in Bewegung. An der Gruft sprachen dann Abg. Dr. Lauscher, der Oberbürgermeister von Paderborn und ein Vertreter studentischer Korporationen aus Tübingen, Münster und Paderborn.

Bergisches, Südwestfalen

Die Fortführung der Wuppertaler Theater beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung Wuppertal nahm den Antrag der Verwaltung an, der Theaterbetriebsgesellschaft für das laufende Jahr außer dem bei der Errichtung der Gesellschaft bewilligten Betriebszuschuß in Höhe von 58 000 RM. einen weiteren Zuschuß von 50 000 RM. für das Jahr 1932.33 zu bewilligen, so daß der Gesamtzuschuß 108 000 RM. beträgt. Darüber hinaus beantragte die Verwaltung schon jetzt, für die Spielzeit 1933-34 diesen Zuschuß auf insgesamt 136 000 RM. festzusetzen. Auch dieser Antrag wurde angenommen, so daß das Theater für die Spielzeit 1933-34 gesichert ist.

Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich ferner entschieden gegen die 18 000 RM. betragende Mehrforderung des Orchesters für die Spielzeit 1933.34 aus und beauftragte die Stadtverwaltung und die Theatergesellschaft, die Mehrforderungen auf keinen Fall zu bewilligen. Die Verwaltung wurde ermächtigt, für den Fall, daß das Orchester in der Spielzeit 1933-34 nicht mehr zu den jetzigen Bedingungen den Vertrag mit der Theatergesellschaft erneuern wolle, Vorkehrungen zu treffen, damit die Theater ohne das städtische Orchester weitergeführt werden können. In der Debatte wurde festgestellt, daß Operndirektor Mechlenburg ein niedrigeres Jahresgehalt beziehe als die Hälfte der Orchestermitglieder, die außerdem noch pensionsberechtigt sind.

Wieder ein Schwarzbrennereibetrieb aufgedeckt

Die beiden Inhaber der Brennerei Vogelsang, Niederwenigern, festgenommen

Auf Grund einer anonymen Anzeige nahmen Beamte des Zollamtes Hattingen gemeinsam mit Berliner Fahndungsbeamten eine unerwartete Revision der Brennerei Vogelsang in Niederwenigern bei Hattingen vor, die zur Aufdeckung eines umfangreichen Schwarzbrennereibetriebes führte. Die beiden Inhaber, die Brüder Theodor und Heinrich Vogelsang, wurden festgenommen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Da sich die Brüder Vogelsang des größten Ansehens im Bezirk erfreuten, hat die Affäre großes Aufsehen erregt.

Jetzt erinnert sich die Witwe ...

Das Geheimnis der Velberter Totenurne gelüftet

Neulich berichteten wir von dem Fund einer Leichenurne in der früheren Fabrik Witte in Schwelm. Kein Mensch kannte ihre Herkunft, auch das auf der Urne verzeichnete Krematorium konnte keine Auskunft geben. Die Aufschrift „Engels 1035" war der einzige Anhaltspunkt zur Lösung des Rätsels, die man jetzt gefunden hat. Die Urne enthält die Asche des verstorbenen ersten Mannes einer jetzigen Ehefrau Goldbach. Er war der Schwiegersohn des letzten Besitzers der Fabrik, des Fabrikanten Otto Witte. Seinerzeit sollte die Urne auf dem Friedhof beigesetzt werden, was aber infolge eines plötzlichen Umzuges der Familie Goldbach nach Wiesbaden unterblieb. Die Urne blieb also in der Fabrik und geriet in Vergessenheit. Erst nachdem sie zufällig gefunden worden war, erinnerte sich Frau Goldbach ihres ersten Mannes und klärte das ganze Rätsel auf. Nette Aussichten für Ehemänner!

Wuppertal. Arbeitsbeschaffungsprogramm. In ihrer Sitzung genehmigten die Stadtverordneten das von der Verwaltung vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es handelt sich um die Fortführung von Wohnbauten, Ausbau einer Industriebahn, Bau einer Brücke und Ausbau von zwei Straßen. Der Kostenaufwand beträgt 910 000 RM. 800 000 RM. sollen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches angefordert werden. Weitere Projekte im Rahmen des Gereke-Planes werden bearbeitet.

Westdeutsche Schmuggeljagdbilanz

Rund 1000 Tonnen Lebensmittel und 11 Mill. Zigaretten beschlagnahmt

Nicht mit Unrecht bezeichnet man das Schmuggelunwesen an der Westgrenze des Reiches als einen Krebsschaden am deutschen Volke, denn seit Jahren werden dort durch Einschwärzen der verschiedensten Waren

der deutschen Wirtschaft Millionenwerte entzogen.

Die riesige Arbeitslosigkeit mit ihrem steigenden sozialen Elend bewirkte im Notjahr 1932, daß Hunderte und Tausende von der Schmuggelwelle mitgerissen wurden und, sei es für den eigenen Bedarf, sei es für fremde Auftraggeber, schmuggelten oder hehlten. Es ist unbestritten, daß ein großer Prozentsatz der Gelegenheitsschmuggler zu dem Bevölkerungskreis zu rechnen ist, der dieses gefährliche Geschäft unter anderen Wirtschaftsverhältnissen glatt von sich gewiesen haben würde.

Es entsprach einer Notwendigkeit, daß im verflossenen Krisenjahr mit dem Anschwellen der Schmugglerzahl auch

zu einer beträchtlichen Verstärkung des Grenzschutzes

geschritten wurde. Vor allem wurden die Abwehreinrichtungen der Zollstellen vervollkommnet; neben einer stärkeren Ueberwachung der besonders berüchtigten Uebergangspunkte durch Versorgungsanwärter wurde eine größtmögliche Beweglichkeit der einzelnen Dienststellen angestrebt und erreicht. Hochtourige Personenkraftwagen wurden neben Beiwagenmaschinen in den Dienst gestellt. Diese Reorganisierung und Motorisierung der Grenzaufsichtsstellen hat sich im vergangenen Jahr bestens bewährt und wesentlich dazu beigetragen, daß unsere schwer um ihre Existenz ringende Wirtschaft nicht noch größeren Schaden erlitt.

Die Statistik der drei westdeutschen Landesfinanzamtsbezirke Köln, Düsseldorf und Münster,

die den gesamten Schmuggel an der deutsch-holländischen und deutsch-belgischen Grenze verwaltungsmäßig erfassen, weist Zahlen auf, die zeigen, welche ungeheuren Mengen eingeschwärzter Waren im Verlauf eines Jahres erfaßt wurden:

rund 11 Millionen Zigaretten,
313 000 Heftchen Zigarettenpapier,
125 000 Klg Tabak,
133 000 Klg. Kaffee,
162 000 Klg. Zucker,
32 000 Klg. Brot,
314 000 Klg. Getreide,
163 000 Klg. Müllereierzeugnisse,
182 000 Klg. sonstige Waren (Tee, Kakao, Fleisch, Wurst u. a. m.).

Obschon der Zigarettenschmuggel in den letzten Monaten etwas gesunken ist, was einmal auf die starke Konkurrenz der deutschen Zigarettenindustrie, dann aber auch auf die

erheblich schärfere Ueberwachung des Straßenhandels in allen westdeutschen Städten

zurückzuführen ist, stellt die Zahl von genau 10 971 000 Stück immerhin eine riesige Menge dar. Sie würde z. B. **ausreichen, 1200 Raucher über ein ganzes Jahr mit täglich 25 Zigaretten zu versorgen oder die gewaltige Strecke von Aachen bis Wuppertal mit Zehnerpackungen in einer Reihe zu bepflastern.** Bemerkenswert ist, daß augenblicklich der Tabakschmuggel in hoher Blüte steht, obgleich

an den Rheinbrücken und Rheinfähren eine scharfe Kontrolle

ausgeübt wird, die sich besonders in den letzten Wochen günstig ausgewirkt hat, wo hintereinander zwei gepanzerte Lastkraftwagen mit insgesamt 30 Zentnern Tabak abgefangen wurden. Leider hat sich aber auch gezeigt, daß

die Schmuggler häufiger als früher bei Gefahr zur Schußwaffe greifen.

Man wird daher dem Problem der Verbesserung der Waffenausrüstung der Zollfahndungsbeamten größere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Ein besonderes Kapitel ist der Lebensmittelschmuggel. Rechnet man die obengenannten Ziffern zusammen, so kommt man auf eine Zahl von rund 1000 Tonnen, die die modernste und größte Lokomotive auf einmal wegzuschaffen nicht in der Lage wäre. Wertmäßig ergibt sich eine Summe, die auch nicht annähernd geschätzt werden kann. Bei alldem ist zu berücksichtigen, daß auch heute noch trotz verstärkter Schutzmaßnahmen auf Schleichwegen und unter Anwendung von Waffengewalt unschätzbare Riesenmengen Eingang nach Deutschland finden.

Besondere Beachtung verdient

die Motorisierung des Schmuggelbetriebs.

Neben 4792 Fahrrädern sind im Jahre 1932 nicht weniger als 377 Last- und Personenkraftwagen und 97 Krafträder beschlagnahmt worden. Das große Risiko, das mit der Beschlagnahme des Fahrzeugs mit der Ware verbunden ist (meist handelt es sich um erstklassige Fahrzeuge mit Höchstgeschwindigkeiten) hat den Großschmuggler nicht abzuschrecken vermocht. Er disponiert weiter; Fehlschläge werden **auf „Unkostenkonto" verbucht.** Für ihn holen willige Kräfte gegen ein geringes Entgelt (meist nur ein paar Mark) die Kastanien aus dem Feuer.

Turnen - Sport - Spiel

Fußball

Berliner Verbandsspiele abgesagt

Der Verband Brandenburgischer Ballspielvereine hat seine Fußballspiele am kommenden Sonntag wegen des Frostes abgesagt. Es bleibt jedoch den Schiedsrichtern überlassen, ob die sieben angesetzten Treffen der Bezirksliga durchgeführt werden sollen.

Handball

Bezirks-Endspiele der Handballer

In den einzelnen Bezirken des Westdeutschen Spielverbandes dürften am kommenden Sonntag schon die Entscheidungen der Handballer fallen, da durchweg die Favoritenmannschaften aufeinandertreffen.

Das wichtigste Ereignis im Bergisch-Märkischen Bezirk steigt in Wuppertal zwischen Tura Barmen und Polizei Berg.-Land. Die Barmer benötigen nur noch einen Punkt zur Meisterschaft. Sollten aber die Polizisten den Kampf gewinnen, und zum andern das Düsseldorfer Lokalderby Polizei — Rhenania mit einem Siege der Rhenanen abschließen würde, stehen drei Mannschaften punktegleich, so daß neue Ausscheidungskämpfe notwendig werden. Mit etwas Glück sollte formgemäß den Barmern ein knapper Erfolg glücken. In Düsseldorf ist der Ausgang völlig offen. Die Rhenanen sind zwar vorzüglich auf dem Posten, doch weiß man nicht die Tagesform im voraus zu beurteilen.

Im Rheinbezirk steht Alemannia Aachen vor der Meisterschaft, vorausgesetzt allerdings, daß sie den sonntäglichen schwierigen Kampf gegen VfB Aachen gewinnt.

Im Ruhrbezirk steht eine Doppelveranstaltung in Bochum bevor. Auch hier kann schon die Entscheidung fallen. Polizei Dortmund trifft auf Essen-West 81. Wenn die Dortmunder gewinnen, haben sie ein weiteres Jahr den Titel für sich. Sind aber die Essener erfolgreich und auch Schalke 04 würde dem MBV Linden das Nachsehen geben, so stehen diese Mannschaften punktegleich.

Im Südwestfalenbezirk ist die Lage durch den unverhofften Punktgewinn der Siegener Sportfreunde wieder offen geworden. Am Sonntag kann zwar schon die Entscheidung fallen, da Hagen 05 noch Plettenberg muß. Eine Ueberraschung ist hier sehr leicht möglich, die den Hagenern die Meisterschaft kosten kann. Die Siegener Sportfr. haben allerdings Jahn Werdohl aufzusuchen und werden schon weit bessere Leistungen zeigen müssen, wenn es zum Siege reichen sollte.

Am Niederrhein fällt die Entscheidung zwischen Kupferhütte Duisburg und Rot. Mülheim. Wie schon im Vorjahr hat auch diesmal die Kupferhütte wieder die größeren Aussichten auf den Titel. Von untergeordneter Bedeutung ist der Kampf Meidericher Sp. V. — SpVgg. Sterkrade.

Im Westfalenbezirk ist die Klärung in Minden zwischen dem dortigen Militär-SV Hindenburg und Arminia Bielefeld zu erwarten. Die Mindener setzten sich dank ihrer größeren Ausgeglichenheit bisher stets erfolgreich durch und sind auch als der kommende Meister anzusehen. Zwischen der Sp. Vg. Hamm und Viktoria Recklinghausen wird es ebenfalls erbittert zugehen, da letztere noch Aussicht auf den 2. Platz haben. Unbedeutend ist dagegen der Kampf Preußen Paderborn — VfL Münster.

Im Hessen-Hannover-Bezirk steht Kassel 03 gegen Göttingen 05 vor einem neuen Siege. Kurhessen Kassel dagegen hat es wesentlich schwerer, selbst zu Hause Polizei Bußbach niederhalten zu können.

Boxen

Mitteldeutschlands Protest abgelehnt

Der zuständige Ausschuß des Reichsverbandes für Amateurboxen beschäftigte sich in seiner Sitzung mit den Protesten des ihm angeschlossenen Verbandes von Mitteldeutschland. Gegen die Ansetzung der Deutschen Meisterschaften für den 31. März, 1. und 2. April protestierten außer Mitteldeutschland nur noch drei andere von den elf Landesverbänden, so daß es bei den ursprünglich festgesetzten Terminen bleiben wird. In Bezug auf die Entscheidung des Reichsverbandes hinsichtlich des Pokalkampfes Mitteldeutschland — Brandenburg wurde ebenfalls keine Aenderung getroffen. Die beiden ausgelosten Kämpfe müssen an einem von Mitteldeutschland zu bestimmenden Ort und Termin ausgetragen werden, andernfalls Brandenburg der Sieg mit 12:8 Punkten zugesprochen wird und die Berliner an den Pokalkämpfen weiter teilnahmeberechtigt sind.

Europapokal der Amateurboxer

Die Kämpfe um den neugeschaffenen mitteleuropäischen Pokalwettbewerb bringen am 23. Februar in Prag als zweite Begegnung das Treffen der Nationalmannschaften von Oesterreich und der Tschechoslowakei. Die über Oesterreich siegreich gewesenen Bayern greifen erst wieder im Mai gegen Ungarn ein.

Heros Berlin auf Reisen

Die Kampfmannschaft von Heros Berlin folgt Ende des Monats einer Einladung nach Polen. Am 28. Januar treten die Berliner in Warschau an, am Tage darauf sind die Reichshauptstädter in Lodz zu Gast. Die Rückreise wird über Oberschlesien angetreten und hier sind noch weitere Kämpfe in Kattowitz und Laurahütte vorgesehen.

Berufsboxen in Paris

Im ausgezeichnet besetzten Pariser Wagramsaal gab es Berufsboxkämpfe, bei denen auch einige Deutsche in den Ring gingen. Der Düsseldorfer Strucks traf im Weltergewicht auf den Franzosen Degieux, gegen den er ein verdientes Unentschieden erzielte. In der gleichen Gewichtsklasse kämpfte auch der Kölner Besselmann, der ursprünglich gegen den Franzosen Thibaud antreten sollte. Er erhielt über den Italiener Tempesti zum Gegner. Besselmann war von der ersten Runde an überlegen und deckte den tapferen, aber sichtlich unterlegenen Gegner mit Schlägen zu. In der vierten Runde gab der Italiener den aussichtslosen Kampf auf. Im Hauptkampf standen sich der Schwede John Andersson und der indianische Mestize Tarante gegenüber. Wie im ersten Zusammentreffen, so konnte der Schwede auch diesmal nach Punkten siegreich bleiben.

Radfahren

Stüpp-Küster werden Berufsfahrer

Das vorzügliche Kölner Amateur-Mannschaftspaar Stüpp-Küster, das in der letzten Zeit alle größeren Rennen gewann und keinen Gegner mehr fand, tritt ins Berufsfahrerlager über und bestreitet schon am 11./12. Februar die „Nacht" in der Münsterlandhalle, für die außerdem bisher noch Pijnenburg-Wals einen Vertrag erhalten haben.

Schwimmen

Sparta Köln in Holland

Eine vorzügliche deutsche Beteiligung werden die internationalen Schwimmwettkämpfe am 4. und 5. Februar in Amsterdam erhalten, da Sparta Köln mit seiner Kampfmannschaft Einzel- und Staffelkonkurrenzen sowie das Wasserballturnier bestreitet.

Sieben Wasserballländerkämpfe 1933

Der Aufbau unserer Wasserball-Nationalmannschaft erfolgt schon in diesem Jahre nach neuen Gesichtspunkten. Da nur durch schwere und harte Prüfungen die Spielstärke einer Mannschaft gehoben werden kann, wurden für 1933 sieben Länderkämpfe abgeschlossen, und zwar zwei gegen Holland und England, und je einer gegen Frankreich, Ungarn und die Tschechei. Vor allem sind die durch das Ausscheiden von E. Rademacher, Benecke und Cordes entstandenen Lücken wieder auszufüllen, wobei auf junge Kräfte zurückgegriffen werden soll.

Tennis

Die Deutschen Hallentennismeisterschaften

Der Donnerstag in Bremen

Das Meisterschaftsturnier in der Bremer Tennishalle erfreute sich auch am Donnerstag eines ausgezeichneten Besuches. Dank der straffen Leitung geht die Abwicklung glatt vonstatten und so gab es am fünften Spieltage schon hochinteressante Kämpfe. Recht gespannt war man auf die Begegnung Gottfried von Cramm — Werner Menzel, dem Mateika-Bezwinger. Nach sehr schönem Kampf siegte von Cramm 6:8, 6:3, 6:3 und hat damit als erster die Vorschlußrunde erreicht. Der französische Titelverteidiger Landry schlug den Hildesheimer Panke 6:3, 6:2 und trifft nunmehr auf Dr. Dessart, der ohne Spiel eine Runde weiterrückte. Der Däne Ulrich besiegte den Westdeutschen Dr. Hauß leicht 6:2, 6:4 und qualifizierte sich damit als Gegner des Spaniers Enrico Maier. In der unteren Hälfte rückt der Däne Axel Petersen 6:1, 6:4 über den Bremer Pönsgen nach vorne.

Bei den Damen stehen die vier Teilnehmerinnen an der Vorschlußrunde fest. Das Feld wird angeführt von der Schweizerin Payot, die über Frl. Hammer-Wiesbaden 6:4, 6:0 leichter als erwartet erfolgreich war. Vorher hatte Frl. Hammer noch die Bremerin Herbst 6:3, 6:0 bezwungen. Dagegen sind beide französische Damen ausgeschieden. Frau Stuck-Reznicek bezwang Frau Goldschmidt 6:3, 2:6, 6:4 und Frau Schneider-Peitz ließ die Pariserin Adamoff 8:6, 8:6 scheitern. Unten ist Frl. Horn fast kampflos aufgerückt.

Die Amateurfrage im Tennis

Frühere Berufsspieler beim Olympia?

Die Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Tennis-Bundes, die am 19. Februar in Heidelberg stattfindet, hat eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, darunter auch einen Punkt, der sich mit einem Olympischen Tennis-Turnier 1936 beschäftigt. Der Deutsche Tennis-Bund hofft, daß die gegenwärtigen Unstimmigkeiten zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee und der Internationalen Lawn-Tennis-Vereinigung rechtzeitig beseitigt werden, um 1936 wiederum, wie zuletzt 1924 in Paris, ein Olympia-Turnier durchführen zu können. Allerdings sind noch einige Hindernisse, teilweise schwerwiegender Art, zu beseitigen, denn die Fédération verlangt u. a. von dem Internationalen Olympischen Comité, daß dieses die Amateurbestimmungen, die die Teilnahme von früheren Berufsspielern vorsieht, anerkennt. Außerdem wünscht der internationale Verband mindestens einen Sitz im Olympischen Comité. Der Heidelberger Bundestag wird zu diesen Fragen Stellung nehmen. Er hat außerdem eine ganze Reihe anderer Angelegenheiten zu erledigen. So wird zu dem Antrag des Südafrikanischen Verbandes, die Davis-Spiele nur alle zwei Jahre auszutragen, gesprochen werden. Man will ferner ermöglichen, im Rahmen der Deutschen Kampfspiele 1934 in Nürnberg die nationalen Deutschen Meisterschaften zum Austrag zu bringen.

Bei der allgemeinen Besprechung der Amateurfrage werden auch die Tilden-Gastspiele zur Erörterung gelangen. Es wird sich hierbei zeigen, ob die Stimmung in Deutschland eine ebenso scharf ablehnende ist, wie in verschiedenen anderen großen Tennisländern. Auch die Beschlüsse des englischen Verbandes betr. die „Fabrik-Spieler" stehen zur Debatte.

Schon am 17. Februar tritt der Bundesvorstand zusammen, um die Tagung vorzubereiten.

Wintersport

Ohne Kanada und England

Eishockey-Weltmeisterschaft in Prag

Die Prager Eishockeyspiele um die Welt- und Europameisterschaft, deren Beginn auf den 16. Februar angesetzt ist, werden nun doch ohne kanadische Beteiligung vor sich gehen. Die „Edmonton Superiors" fahren vorher nach Hause, und wegen der schon vor Monaten angekündigten Entsendung einer anderen Mannschaft aus Montreal oder Toronto ist man bis heute zu einer Einigung nicht gekommen. Zur Finanzierung dieser immerhin ziemlich kostspieligen Reise wäre es nämlich notwendig, eine Europa-Tournee zustande zu bringen, die sich unter den obwaltenden Umständen kaum einrichten läßt. So wird also von außereuropäischen Ländern nur USA. beteiligt sein. Die Canadier haben zwar eine offizielle Meldung noch nicht abgegeben, doch sah das Spielprogramm der Massachusetts Rangers von Anfang an eine Beteiligung bei der Weltmeisterschaft in Prag vor. Eine weitere Absage ist von England eingegangen, die um so eigenartiger berührt, da die Engländer, die in den letzten Jahren bei keiner Europameisterschaft fehlten, keinen Grund für ihr Fernbleiben angeben.

Handel und Wirtschaft

Kölner Börsenbericht

Nicht einheitlich

Köln, 26. Januar. An der heutigen Börse herrschte fast völlige Geschäftsstille, und die Tendenz war nicht ganz einheitlich. J. G. Farben eröffneten mit 1 5/8 ½ Prozent höher. Reichsbankanteile ebenfalls leicht gebessert. Am Montanmarkte fielen Rhein. Braunkohlen durch einen Verlust von 3 Prozent auf. Gelsenkirchen verloren 1½ Prozent, Harpener 1¼ Prozent, andererseits waren Deutsche Erdöl, Buderus, Phönix und Höfch gut gehalten. Bei Elektroaktien blieben Siemens unverändert, Schuckert plus ¼ Prozent, Felten dagegen ½ Prozent nachgebend. Deutsche Reichsbahnvorzüge leicht befestigt. Bei Renten büßten Altbesitz ¼ Prozent und Neubesitz 0,15 Prozent ein. Im Verlaufe konnten sich die Kurse behaupten. Umsätze kamen jedoch fast nicht zustande. Der Einheitsmarkt verlief ruhig bei unwesentlichen Veränderungen. Von Versicherungen gaben Kölner Rück große um 2 RM. und kleine um 6 RM. nach. Bei Pfandbriefen gingen Rheinboden bis ½ Prozent und Westboden um ¼ Prozent zurück. Die Börse schloß geschäftslos.

Märkte

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln sowie in Obst und Südfrüchten reichlich, doch konnte sich nur schleppendes Geschäft entwickeln. Die Preise zeigten feste Tendenz.

Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 26. Jan. Amtlich. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam, 47¼; Original-Hütten-Aluminium, 98—99%, in Blöcken 160; desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164; Reinnickel, 98—99%, 350; Antimon-Regulus 37—39 RM. für 100 Kilo; Silber in Barren ca. 1000 fein per Kilo 36—39½ RM.

Warenmärkte

Berliner Kartoffel- und Rauhfuttermittel

Berlin, 26. Jan. (Preise in RM. per 100 Kilo.) Speisekartoffeln, weiße, 1.30—1.45, Speisekartoffeln, rote, 1.45—1.55, Fabrikkartoffeln in Pfg. 8½.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 26. Jan. Amtlich. Märk. Weizen (Durchschnittsqual.), vereinzeltes Auswuchs- u. Schmachtkorn (Rost) ist zulässig, 76 Kilo pro hl, 182—184 RM. für 1000 Kilo ab Station, 196 RM. waggonfrei Berlin bezahlt; dto., 78/79 Kilo pro hl, 195 RM. waggonfrei Berlin bezahlt, ruhig. Märk. Roggen (Durchschnittsqual.), vereinzeltes Auswuchs- und Schmachtkorn ist zulässig, 71/72 Kilo pro hl, 149—151 RM. für 1000 Kilo ab Station, ruhig. Braugerste 165—175 RM. für 1000 Kilo ab märk. Station, feine Sorten über Notiz, ruhig. Futter- und Industriegerste 158—164 RM. für 1000 Kilo ab märk. Station, ruhig. Märk. Hafer (Durchschnittsqual.) 110—113 RM. für 1000 Kilo ab Station, feinste Qualitäten über Notiz, stetig. Weizenmehl 22.50—25.75 RM. für 100 Kilo brutto einschl. Sack frei Berlin, feinste Marken über Notiz, ruhig. Roggenmehl 0/1 (etwa 70%) 19.50 bis 21.50 RM für 100 Kilo brutto einschl. Sack frei Berlin, feinere Marken über Notiz, behauptet. Weizenkleie 8.35—8.75 RM. für 100 Kilo brutto einschl. Sack frei Berlin, ab Bahn und ab Mühle, matt. Roggenkleie 8.70—9.00 RM. für 100 Kilo brutto einschl. Sack frei Berlin, ab Bahn und ab Mühle. Stimmung: stetig.

Notierungen der Großhandelspreise der Getreidebörse zu Dortmund

Dortmund, 26. Jan. Westf. Weizen 19.25; westf. Roggen 15.25; pomm. Hafer 14.50—15; ostfriesl. Hafer 14.50—15; neue Wintergerste 17.50—17.75; Plata-Mais 20; Cinquantino-Mais 21.75—22; Weizenmehl Grundpreis 26.50—26.75; 70% Roggenmehl 23.25—23.50; ostdeutsch. Roggenmehl 21—21.50; Weizenkleie 8.25—9.25; Roggenkleie 7.75—8; Trockenschnitzel 9—9.50; Zuckerschnitzel 10—10.50. Sehr ruhig. Handelsklassen ohne Angebot. Die Preise sind Großhandelspreise und verstehen sich per 100 Kilo waggonfrei Dortmund in Ladungen von 15 000 Kilo, bei Mehlen zu Mühlen-Konventions-Bedingungen.

Fleischpreise im Großhandel

Essen, 26. Jan. Rindfleisch: Ochsenfleisch: a) von vollfleisch. ausgemäst. jungen Ochsen 48—55, b) von vollfleisch. ausgemäst. älteren Ochsen 46—50, c) von fleischig. Ochsen 42—45; Bullenfleisch: a) von fleisch. Bullen 44—48, b) von gering genährt. Bullen 42 bis 45; Kuhfleisch: a) von fleischig. ausgemäst. Kühen 43—50, b) von fleischig. Kühen 40—47, c) von gering genährt. Kühen 40—44; Färsen- (Kälbinnen-) Fleisch: a) von fleischig. ausgemäst. Färsen 48—52, b) von fleischig. Färsen 46—48; Kalbfleisch: a) von besten Mast- und Saugkälbern 60—65, b) von mittleren Mast- und Saugkälbern 55—60; Hammelfleisch: a) von Mastlämmern u. jüngeren Masthammeln 55—60, b) von mittleren Mastlämmern, älteren Masthammeln und gut genährtem Schafvieh —, c) von gering genährtem Schafvieh 49—50; Schweinefleisch: von Schweinen zum Frischverkauf (Landschweinen) bis zu ca. 225 Pfd. Lebendgewicht 54—56.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	26 Januar		25 Januar		V. dem Krieg
	Geld	Brief	Geld	Brief	
London	14.27	14.31	14.28	14.32	20.43
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.20
Amsterdam	169.23	169.57	169.23	169.57	168.05
Brüssel	58.39	58.51	58.48	58.60	81.00
Italien	21.52	21.56	21.52	21.56	81.00
Jugoslaw.	5.554	5.566	5.554	5.566	181.00
Kopenhag.	71.53	71.67	71.53	71.67	12.50
Paris	16.43	16.47	16.44	16.48	81.00
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.05
Schweiz	81.37	81.53	81.37	81.53	81.05
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05	70.00

Berliner Börsenkurse vom 26. Januar 1933

	Div.	26.1.	25.1.
Anleihen			
D. R.-Anl. 27	6	80⅝	80.4
Banken:			
Berg.-Märk. Ind.	—	—.—	—.—
Com.- u. Priv.-Bk.	—	53½	53½
Darmst. u. Nat.-Bk.	—	—.—	— —
Dtsch. Bk. u. Diskt.	—	72⅜	72⅜
Dresdner Bank	—	61¾	61¾
Reichsbank	12	159¼	159½
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	8	90¾	91.—
Verkehrswerte:			
Reichsbahn V.-A.	7	92⅝	92⅞
Hapag		18.—	17½
Nordd. Lloyd		18¼	18.—
Brauereien:			
Dortm. Aktien	—	—.—	150½
Dortm. Ritter	—	94 —	94½
Dortm. Union	12	180.—	181.—
Müser	—	—.—	—.—
Schlegel-Scharp.		75.—	—.—
Wicküler-Küpper		—.—	—.—
Sonstige:			
Aku	12	37.—	37¾
A. E. G.		30¼	30⅝
Bemberg I. P.	—	44¾	44⅝
Chem Ind. Gelsenk.	5	—.—	64.—
Cont. Cautsch.	8	120⅜	118⅜
Daimler Mot.	—	21¼	21⅜
Dtsch. Erdöl	4	87⅜	88⅜
El. Licht u. Kraft	6	95½	95¼
Eschw. Bergw.	14	—.—	—.—
IG Farbenind.	7	105⅜	105⅜
Felten-Guilleaume	—	56½	57.—
Friedrichshütte	—	—.—	—.—
Gebhard u. Co.	—	—.—	30¼
Gelsenk. Bergw.		58⅞	60⅜
Ges. f. el. Unt.	4	80⅜	80¼
Goedh. Gebr.	8	—.—	79 —
Goldschmidt	—	37¾	38¼
Hammersen	—	—.—	— —
Harpener Berg.	—	81⅜	82⅜
Hoesch Eisen-Köln-Neuessen		53.—	53⅝
Kali Aschersleben	6	114 —	114½
Klöcknerw.	—	45¾	45.—
Köln Gas u. Elek.	3	62 —	61.
W. Krefft	—	28.—	27.—
Kromschröder G.	—	—.—	—.—
Kronprinz Metall	—	25½	25¼
Küppersbusch	4	—.—	—.—
Lahmeyer	10	119¼	118.—
Mannesm.-Röhren	—	61¼	61⅜
Mansfeld	—	25⅛	25⅛
Maschb.-Untern.	—	40½	40½
Mülh. Bergw.	3	—.—	68.—
Phönix Bergw.	—	34.—	34⅝
Rhein. Braunk.	10	188¼	190.—
Rh. Elektrizität	5	99.—	98½
Rhein-Möbelstoff	—	—.—	— —
Rhein-Spiegel	—	58½	58½
Rhein-Stahl	—	73.—	72⅞
Rh.-Westf. Elektr.	5	91.—	90¾
Rhein-West Kalk	—	48¼	46½
Rhein-Westf. Spr.		—.—	—.—
Roddergrube	24	425 —	—.—
Salzdetfurth	9	172½	173.—
Schött. Herm.	—	—.—	—.—
Schwelm-Eisen	—	—.—	— —
Siemens u. Halske		126¾	125¾
Stollb. Zinkb.	—	—.—	36¼
Stollwerk	—	42.—	42¼
Tietz	6	44.—	43.—
Ver. D. Nickel		70.—	67.—
Ver. Glanzst. Elbf.	—	—.—	54 —
Ver. Stahlw.	—	33⅞	34½
Warstein Gruben	—	36.—	35.—
Wasserw. Gelsenk.	7	111¾	110¾
Westeregeln	6	116 -	116½
Westf. Draht Hamm	5	—.—	—.—
Wittener Guß		—.—	—.—
Westfälische Landesbankanl.			
6% Prov. Feing. 25		80¼	80.—
6% dto. 26		—.—	—.—
6% Komm. Obl. 28/29 2—3		74.—	72⅝
6% dto. 30 R. 4		74.—	72½
6% Goldpfdbr. R. 1		—.—	80.—
6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		85.—	85.—
6% dto. Goldpfandbriefe		86¼	86¼
Westf. Provinzialanleihe-Auslosg.		61¾	—.—
Festverzinsliche Werte			
6% Preuß. Ld.-Br. anstalt R. 19		85¼	85.4
6% dto. 4		85.—	85½
6% dto. 13/15		85 —	85¼
6% dto. 17/18		85⅜	85⅜
6% dto. 21		84.9	84.9
6% dto. Komm. 20		77.—	77¼
6% dto. 16		76.9	76.9
6% dto. 6		76.—	76 —
6% dto. 8		—.—	—.—
6% Pr. Centr.-Bod. u. Pfdbr. Em. 1		84⅞	84½
6% dto. Komm. Obl. 1		73⅜	74.—

(—, +) bedeutet: ohne Angebot und Nachfrage.

Die fehlenden Dividenden sind noch nicht festgesetzt.

Der Reichsrat

Die Arzneitaxe – Im Reich soll „mehr regiert — weniger verwaltet" werden

Der Reichsrat beriet

die Arzneitaxe 1933

Diese bringt angesichts der Notlage zahlreicher Apotheken gegenüber 1932 eine

Heraufsetzung des Apothekerzuschlages bei Arzneispezialitäten

im Preise bis zu 1 RM von 64 auf 70 Prozent und eine Herabsetzung der Zuschläge für Spezialitäten im Preise über 2,50 RM von 60 auf 50 Prozent. Weiter sieht die Arzneitaxe 1933 eine

Ermäßigung des Rabatts für Krankenkassen usw.

bei ganz kleinen Apotheken mit einem Umsatz bis zu 15 000 RM jährlich von 3 auf 1 Prozent vor, während es im übrigen bei dem bisherigen Rabatt bleibt. Schließlich soll die Zeit, in der eine

Nachttaxgebühr

erhoben werden darf, nicht mehr von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr, sondern nur von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens dauern.

Der preußische Ministerialdirektor **Dr. Brecht** hielt es nicht für angebracht, den Verkaufspreis für die billigeren Arzneien zu erhöhen.

Reichsinnenminister Dr. Bracht erklärte: Nach den mir bekanntgewordenen Meinungsverschiedenheiten sämtlicher preußischer Regierungsmedizinalbeamten wird diese Erhöhung für unbedingt erforderlich gehalten.

Regierungspräsident z. D. Weber (Provinz Sachsen) nahm den im Ausschuß gestellten preußischen Antrag wieder auf, wonach Spezialitäten bis zum Preise von 2,50 RM mit einem Zuschlag von 64 Prozent belastet werden. Er erklärte, wenn die Vorlage in die Tat umgesetzt werde, so würde man namentlich den Krankenkassen außerordentliche neue Lasten auf.

Stadtrat Gilsing (Provinz Westfalen) hatte gleichfalls die größten Bedenken dagegen, daß man den Krankenkassen noch größere Lasten aufbürden wolle und damit indirekt gerade dem großen Teile unserer Bevölkerung, der zu den Bedürftigsten gehöre.

Der Antrag Weber wurde abgelehnt.

Daraufhin beantragte **Landesrat Witte** (Provinz Hessen-Nassau), die neue Arzneitaxe nicht sofort, sondern erst in drei Monaten in Kraft treten zu lassen.

Reichsinnenminister Dr. Bracht stimmte zu, um nicht ein allzu einseitiges Bild in der Oeffentlichkeit entstehen zu lassen, daß die sämtlichen Apothekerpreise von dem Preiskommissar sehr streng unter die Lupe genommen und dabei Preissenkungen erzielt worden sind, die im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise dann die Notlage zahlreicher Apotheken mit herbeigeführt haben. Bei diesen Preissenkungen ist nach Ansicht der Fachbehörden der Länder nicht genügend dem Umstande Rechnung getragen worden, daß der Apotheker nicht überwiegend Verkäufer von Arzneien ist, sondern seine Preise eine Vergütung vor allem auch für seinen Bereitschaftsdienst darstellen. Die Vorlage ist eine Lösung, die jetzt angestrebt werden muß, da wir andernfalls, namentlich in den ländlichen Bezirken des Ostens, ganze Regierungsbezirke haben würden, in denen bis auf wenige Ausnahmen die Versorgung mit Arznei nicht mehr gewährleistet sein würde.

Dr. Hamacher (Rheinprovinz) schlug nunmehr vor, die endgültige Abstimmung über die Vorlage um fünf Tage hinauszuschieben.

Unter Annahme dieses Antrages soll die **Abstimmung über die Arzneitaxe 1933** in einer besonderen Sitzung **am Dienstag** vorgenommen werden.

Der Reichsrat beschäftigte sich ferner mit der

Haushaltsrechnung 1930

In den Ausschüssen war im Zusammenhang damit schon vorher die Frage erörtert worden, ob die Reichsregierung den

Haushalt durch Notverordnung

diktieren könne. Dabei ergab sich die überwiegende Auffassung des Reichsrates, daß der Etat durch Gesetz festgestellt werden muß, und daß Artikel 48 der Reichsverfassung der Reichsregierung nicht die Möglichkeit gebe, ein solches Gesetz durch Notverordnung zu ersetzen. Die Verordnungen der Regierung enthielten ja auch den Vorbehalt der Feststellung des Etats durch Gesetz.

Die Reichsregierung nahm zu der Frage keine endgültige Stellung, sie gab aber bei der Ausschußberatung die Zusicherung, daß der Haushalt 1933 auf jeden Fall dem Reichsrat zur Beratung vorgelegt werde.

Bei der Beratung der Haushaltsrechnung 1930 bemängelten die Reichsratsausschüsse vor allem, daß sich

das Reich sich noch immer mit Aufgaben befasse, die ihm nicht zukämen.

Das Reich solle sich auf große Aufgaben beschränken, die dem ganzen Reichsgebiet zugute kämen, und dabei insbesondere auch von Fall zu Fall prüfen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Betreuung dieser oder jener Aufgabe der Wirtschaft selbst zu überlassen. Es solle vor allem im Reich

mehr regiert und weniger verwaltet

werden. Die Verwaltung sei in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden, nicht Sache des Reiches.

fahr laufen würde, an die Eisenbahngesellschaften eine beträchtliche Abfindungsentschädigung zahlen zu müssen. Der Minister trat für ein Zusatzabkommen ein, das vor allem auf die den Eisenbahnen durch die Automobiltransporte gemachte Konkurrenz Rücksicht nehme. Als Uebergangsmaßnahme befürwortete der Minister eine Herabsetzung der 52%igen Eisenbahnfahrkartensteuer und eine stärkere steuerliche Heranziehung der Automobiltransporte sowie überhaupt eine genaue Regelung des Ueberlandtransportwesens.

Noch vier Milliarden ungedecktes Defizit

Der Generalberichterstatter der Kammer beziffert in diesem die auf Grund der Beratungen des Finanzausschusses der Kammer beschlossenen Einnahmen zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages aus Steuererhöhungen auf 3581 Millionen, aus Einsparungen auf 182 Millionen, aus Anleihen auf 2750 Millionen Franken, insgesamt auf 6513 Millionen. Da das von den französischen Sachverständigen errechnete Haushaltsdefizit sich auf 10 541 Millionen Franken beläuft, werden also noch 4028 Millionen Franken aufzubringen sein.

Die Grippe wütet weiter

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

hat die Grippe weiter um sich gegriffen. Die Schulverwaltungen mußten in den meisten Städten weitere Klassen, teilweise ganze Anstalten schließen.

Eine Reifeprüfung mußte unterbrochen werden

Aus Euskirchen wird gemeldet: Das hiesige Gymnasium mußte geschlossen werden, weil Schüler und Lehrkräfte in großer Zahl an der Grippe erkrankt sind. Die schriftliche Reifeprüfung, die bereits begonnen hatte, mußte unterbrochen werden.

Die Grippewelle hat auch in erschreckendem Umfange die nördliche

Eifel

erfaßt. Größtenteils ist dort der Verlauf der Krankheit mit Lungenentzündung verbunden, so daß in mehreren Orten zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen sind.

Stadtverordnetensitzung unmöglich

Die für Donnerstag vorgesehene öffentliche Sitzung der städtischen Vertretungen in Nordhorn konnte nicht stattfinden, da der Bürgermeister und mehrere Stadtverordnete an der Grippe erkrankt sind.

Notkrankenhäuser in Frankfurt (Main)

Die in Frankfurt (Main) herrschende Grippeepidemie hat eine weitere Verschärfung erfahren In die Krankenhäuser werden fortgesetzt Grippekranke eingeliefert, und es ist bereits Vorsorge getroffen, Notkrankenhäuser einzurichten. Die Straßenbahn hat wegen der starken Krankmeldungen des Personals eine Betriebseinschränkung vornehmen müssen.

Auch Budapest meldet die Seuche

Sämtliche Budapester höheren Schulen werden bis einschließlich 4. Februar geschlossen werden weil sowohl von den Schülern als auch von der Lehrerschaft ein erheblicher Prozentsatz an Grippe erkrankt ist. Die Volksschulen bleiben bis auf weiteres geöffnet.

Früherer Stadtsyndikus zu Zuchthaus verurteilt. Das Schöffengericht in Ingolstadt verurteilte den früheren Syndikus der Stadt Ingolstadt Dr. Hierl wegen schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus. Dr. Hierl hatte Pfingsten 1928 mit einem Auto der Verkehrsgesellschaft Ingolstadt eine Vergnügungsfahrt unternommen und dabei in Regensburg einen kleinen Unfall erlitten. Nach der Heimkehr hatte er die Zulassungsnummer des Wagens ändern lassen.

Letzte Drahtnachrichten

‚Ausdruck der Nervosität!'

Die im Laufe des Donnerstagabends in Berlin verbreiteten Gerüchte werden, so berichtet das Contibüro, an zuständiger Stelle als ein Ausdruck der Nervosität betrachtet, die vor der Entscheidung des Aeltestenrates in verschiedenen politischen Kreisen zum Ausdruck gekommen ist. Zu den Dingen selbst wird von der Reichsregierung keine Stellung genommen.

Dagegen kann festgestellt werden, daß Reichskanzler von Schleicher, von dem einzelne der erwähnten Gerüchte wissen wollten, er sei bereit, zurückzutreten oder beabsichtige doch, zurückzutreten, nicht daran denkt, sein Amt niederzulegen. Er wird vielmehr in der Sitzung des Aeltestenrates am Freitag nachmittag, wie bereits angekündigt, durch seinen Staatssekretär den Standpunkt vertreten lassen, daß er unbedingt auf einer Entscheidung bestehen müsse, und wird es dann dem Aeltestenrat überlassen, seine Entschlüsse auf Grund dieses Tatbestandes zu treffen.

Sobald diese Entschlüsse vorliegen, wird der Reichskanzler seinerseits sich entweder noch am Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag zum Reichspräsidenten begeben, um die je nach der Haltung des Aeltestenrates notwendig werdenden Entscheidungen des Reichspräsidenten einzuholen.

Wie man hört, wird der Reichskanzler bei der gleichen Gelegenheit auch Vorschläge unterbreiten, die einer Wiederholung blutiger Vorfälle, wie des gestrigen Dresdener Zusammenstoßes, und einer Fortsetzung der gesteigerten politischen Hetze, wie sie in den letzten Tagen beobachtet worden ist, vorbeugen sollen.

*

Von der Reichspressestelle der NSDAP wird zu den Gerüchten, wonach die NSDAP auf die Führung in einem Präsidialkabinett verzichtet habe, erklärt, daß es sich dabei um „reine Schwindelmeldungen" handle.

Ein Anwalt, der seinen Klienten Ausbruchswerkzeug liefert

Gegen den Rechtsanwalt Dr. Georg Meyer in Berlin ist ein Haftbefehl erlassen worden. Meyer ist beschuldigt, Gefangenenbefreiung teils versucht, teils ausgeführt und Gefangenenflucht begünstigt zu haben.

Die Verhaftung Meyers, die infolge der Begleitumstände größtes Aufsehen erregt, hat folgende Vorgeschichte:

Dr. Georg Meyer war bereits im vergangenen Jahr in die Automobilschieberaffäre verwickelt. Es zeigte sich seinerzeit, daß die hehlerischen Versteigerungen von Automobilen in mehreren Provinzstädten auf seinen Namen durchgeführt worden waren. Meyer bestritt jede Verfehlung. Das Verfahren war aber auf ihn ausgedehnt worden. Die Untersuchung wurde in aller Heimlichkeit geführt. Es wird Meyer vorgeworfen, daß es wahrscheinlich seinen Klienten — er verteidigte besonders Einbrecher, Geldschrankknacker usw. — Gelegenheit zur Flucht besorgt hat. Er hat ferner ihnen Einbruchswerkzeug in die Hände geschmuggelt. Außerdem besteht der dringende Verdacht, daß er in ihrem Interesse Akten beseitigte.

Bei dem einen Fall handelt es sich um den Wohnungseinbrecher Eddy Groß. Groß wurde im September zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Anfang Dezember fand man in seiner Zelle Einbruchswerkzeuge und zwar Dietriche und 16 Sägeblätter. Durch die Aussagen anderer Gefangener wurde der Anwalt beschuldigt, das Werkzeug Groß zugeschmuggelt zu haben.

Bei dem zweiten Fall handelt es sich um das Entweichen des Geldschrankknackers Fritz Füller. Im Juni gelang es ihm, aus dem Untersuchungsgefängnis zu entkommen. Er trug als Friseur einen weißen Kittel. Ein Strafanstaltswachtmeister geriet in den Verdacht der Beihilfe. Seine Unschuld stellte sich aber heraus und ein anderer Strafgefangener, ein gewisser Nikolai, wurde wegen falscher Anschuldigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Auffassung der Untersuchungsbehörden hatte Rechtsanwalt Meyer bei der Ablenkung des Verdachtes seine Hand im Spiele. Außerdem wird ihm vorgeworfen, Akten, die zur Untersuchung notwendig waren, beseitigt zu haben.

Schließlich ist noch der Fall des Gefangenen S. höchst verdächtig. S. hatte wegen Einbruchs in Untersuchungshaft gesessen und war nach seiner Aburteilung in ein Gefängnis zur Strafverbüßung transportiert worden. Er „vererbte" an andere Gefangene tadelloses Einbruchswerkzeug, das ihm ebenfalls von Meyer zugesteckt worden sein sollte.

Bei einer Durchsuchung des Büros und der Wohnung des Anwalts wurden Kassiber gefunden, die er auf unerklärliche Weise mit seinen in Haft befindlichen Klienten getauscht hatte. Auf Grund dieses Materials wurde der Anwalt ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Ein preußischer Vertrauensmann beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist der Geheime Regierungsrat **Ministerialrat Dr. Kügler** im preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit als preußischer Vertrauens- und Verbindungsmann beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt worden. Dadurch soll für das Land Preußen und seine Gemeinden und Gemeindeverbände ein einheitliches Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung gewährleistet werden. Die Fragen der Arbeitsbeschaffung sind von den preußischen Stellen mit allem Nachdruck in Angriff genommen worden, um eine zweckmäßige und beschleunigte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen.

Goering als Vermittler zwischen Hitler und Strasser

Wie das Contibüro aus Kreisen der NSDAP erfährt, hat in den letzten Tagen auf Anregung des Reichstagspräsidenten Goering eine Unterredung zwischen diesem als Beauftragten Adolf Hitlers und dem Abgeordneten Gregor Strasser stattgefunden. Ueber den Verlauf der Unterredung, die eine Aussprache Adolf Hitlers und Gregor Strassers vorbereit haben soll, ist Näheres nicht bekannt.

Die debattierenden Franzosen

Krach in der Kammer

Sofort nach Eröffnung der Kammerdebatte, auf deren Tagesordnung die Bewilligung des Budgetzwölftels für Februar und zugleich die Verabschiedung der Finanzsanierungsmaßnahmen stand, bewegten sich Ausführungen **Marins** in leidenschaftlichen Angriffen gegen die Person des Finanzministers, gegen die Sozialisten und gegen die Radikalen. Sie führten zu heftigen Erwiderungen und arteten schließlich in eine allgemeine Lärmszene aus. Als der Finanzminister unter lebhaftem Beifall der Linken ankündigte, daß die Regierung gegen die Vorfrage die Vertrauensfrage stelle, erklärte **Marin**, unter diesen Umständen ziehe er seinen Antrag zurück, um nicht der Regierung die Genugtuung zu geben, eine Vertrauenskundgebung der Linksparteien zu erhalten. Aber er schließe sich jetzt dem Antrag Flandins an, der die Rückverweisung des Entwurfes an den Finanzausschuß forderte. **Finanzminister Cheron** unterstützte den Antrag auf Rückverweisung unter Stellung der Vertrauensfrage. Diese Vertrauensfrage und die Erwiderung Flandins entfesselten erneut eine Polemik zwischen rechts und links, die den Kammerpräsidenten zwang, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde zur Abstimmung über den Antrag Flandins geschritten. Mit 368 gegen 205 Stimmen wurde der Antrag auf Rückverweisung abgelehnt und die Weiterberatung vertagt. Die Sitzung schloß unter allgemeiner Erregung.

Wahlerfolg de Valeras

Aus Dublin wird gemeldet: Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen sind sechs Minister des Kabinetts de Valera wiedergewählt worden. Die Wahlergebnisse lassen bereits auf einen **beträchtlichen Erfolg de Valeras** schließen.



Cosgrave (links), der Führer der englandfreundlichen Konservativen, Ministerpräsident de Valera (rechts), der Führer der radikalen Autonomisten.

Maßnahmen zur Sanierung der französischen Eisenbahnen

Der Minister für öffentliche Arbeiten gab vor dem Kammerausschuß für öffentliche Arbeiten Erklärungen über die Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits der Eisenbahngesellschaften und über die Reorganisierung der Eisenbahngesellschaften ab. Er sprach sich gegen eine Kündigung des 1921 zwischen den französischen Eisenbahngesellschaften und dem Staat abgeschlossenen Vertrages aus, da in diesem Falle der Staat Ge-

Die Durchführung der Arbeitsbeschaffung

Im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger vom 26. Januar 1933 ist eine Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung veröffentlicht. Die Verordnung enthält Vorschriften über die Vereinfachung und Beschleunigung von landesrechtlichen Verfahrensvorschriften bei der Aufnahme von Darlehen durch Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften. Sie beruht auf Vorschlägen der einzelnen Länder, die eine derartige Vereinfachung nicht aus eigenem Recht vornehmen konnten.

Für **Preußen** ist bestimmt, daß über die Aufnahme von Darlehen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Provinzen (Bezirksverbänden) der Provinzialausschuß (Landesausschuß), im Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk der Verbandsausschuß und in Landkreisen der Kreisausschuß die Darlehnsaufnahme beschließen kann. Bei Landkreisen gilt dies nur dann, wenn der Kreisausschuß im Hinblick auf den [illegible]nkt der in Angriffnahme der im Wege der Arbeitsbeschaffung auszuführenden Arbeiten die Einberufung des Kreistages nicht für geboten hält.

Schön-Pijnenburg siegten in Brüssel

Im Brüsseler Sechstagerennen siegte die deutsch-holländische Kombination Schön-Pijnenburg mit 486 Punkten und Rundenvorsprung; den zweiten Platz behaupteten Charlier-Deneef eine Runde zurück, mit 301 Punkten.

Lehrling

zu Ostern gesucht.

Carl Hochherz.

Tüchtiges, kinderlieb.

Mädchen

zur Aushülfe für einen Monat zum 1. 2. ges.

Frau E. Ludewig,
Soest, Hansastr

Amerikanischer

Rauchtabak

Grob und Krüll vorzügliche Qualität
½ Pfd. 1,25 RM.

Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Trockenes

Brennholz

abzugeben.

Sägewerk Schulte. Welver

Rindviehversicherungs-Verein Borgeln

Sonntag, den 29. ds. Mts., nachm. 3 Uhr

Generalversammlung

in der Wirtschaft Jasper in Borgeln.

Tagesordnung:

1. Rechnungslage,
2. Vorstandswahl,
3. Beschlußfassung über Entschädigung von Kühen die als minderwertig anerkannt sind.
4. Verschiedenes

Wozu einladet:
DER VORSTAND.

BMW

Wagen-Modelle 1933

sofort lieferbar (alle Wagen werden in Zahlung genommen).

Vorführungen u. Verkauf

durch

Daimler Benz A.-G.

Verkaufsstelle Dortmund, Löwenstr. 11

16er

Antreten zur Beerdigung des Kam.

Franz Wittler

Samstag, den 28. Jan., nachm. 3.30 Uhr.

DER VORSTAND.

Krieger-Verein Neuengeseke.

Am Sonntag, den 29. ds. Mts., findet um 4 Uhr im Lokale des Kam. Pape die

Generalversammlung

statt. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben. Da der erste Vors. hierbei einen Bericht über seine Fahrt nach Verdun geben wird wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

DER VORSTAND.

Ev. Volksverein.

Sonntag, den 29. Jan., nachmittags 4½ Uhr

Jahresfest

mit Fahnenweihe, Chorvorträgen etc.

Eintritt frei. Kinder haben keinen Zutritt.

DER VORSTAND.

Betten

Die gut geheizte, angenehme Unterhaltungsstätte

LICHTBURG

zeigt ab heute bis einschl. Dienstag

2 UFA Tonfilme

I. Der spannende Spionage Tonfilm:

Im Geheimdienst

mit **Willy Fritsch, Brigitte Helm, Oskar Homolka.**

II. Der künstlerisch wertvolle Film:

Emil und die Detektive

nach dem bekannten Roman von Erich Kästner.

Programmbeginn:

Freitags, Montags und Dienstag um 8,15 Uhr;
Samstags um 5,30 und 8,15 Uhr;
Sonntags um 2 Uhr, gegen 5 Uhr und 8.15 Uhr.

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung der Hotel Boswinkel G. m. b. H. auf Sonnabend, den 4. Februar 1933, nachmittags 5 Uhr im Gesellschaftshause.

Tagesordnung:

1. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1932.
2. Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
3. Neuwahlen der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
4. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat:
gez. Sudhüser.

Brot!

Versuchen Sie nur überall das Brot auf Qualität, und prüfen Sie von Fall zu Fall auch unsere Qualität!
Zu guterletzt wird sich's ergeben, daß Vater, Mutter u. das Kind jetzt nur noch eine Sorte nehmen, weil auch im Preis sie einig sind.

Jetzt nur noch

Knäpper-Brot

mit doppelten Rabattmarken
! mit 10% Rabatt!

HILL A. G. Soest Conradstr. und Niederbergheimerstr. Sassendorf.



NEUER ROMAN
von Lisa Honroth-Loewe
in der Zeitschrift
Westfälischen Hausfrau

An den Verlag der „Hausfrau", Berlin SW 68, Ritterstraße 58:
Senden Sie kostenlos Probeheft an ....

Ihr Auto springt nicht an?

Dann aber schnell Oelwechsel mit dem richtigen

Winteröl

von der Specialfirma

ERNST DAUBERT,
Betriebsstoffe, Techn. Oele u. Fette, Autozubehör, SOEST i. W.



Sie

gehen am besten in

Reich's Bekleidungshaus o. H. in Hamm

Bahnhofstraße 19,

wenn Sie jetzt einen Anzug, Mäntel oder Hose oder sonst ein Kleidungsstück kaufen wollen.

Sie finden hier eine Riesenauswahl von mehreren hundert

neuen

und besseren, nur kurze Zeit

getragenen

Anzügen, Ulstern, Ueberziehern mit und ohne Samtkragen, Sport-Anzüge, Gesellschaftskleidung, Lodenmäntel, Lodenjoppen Lederjacken, Gummi Mäntel einzelne Hosen gestreift und gemustert Breeches Hosen, Kinderhosen, Knickerbocker, Burschen- u. Kinder-Anzügen und Mäntel Mädchen Mäntel usw. Für dicke Herren besonders große Auswahl in gutsitzend passend. Kleidung.

Die Preise sind so niedrig, daß solche jeder, auch wenn erwerbslos bezahlen kann.

Den ganzen Tag geöffnet!

Reich's Bekleidungs-Haus
o. H. Hamm
Bahnhofstraße **19**
1 Min. vom Bahnhof gegenüber Corso-Betriebe

Achten Sie genau auf **Reich's Bekleidungshaus** o. H., Bahnhofstraße 19.

Die Fahrkarten bitte an der Kasse vorzeigen.

Miele

Stahl-Kesselöfen

D.R.G.M.



Neuartige Feuerung

Sparsamster Brennstoffverbrauch

Dauerhafte Ausführung

Hervorragende Emaillierung

Zu haben in den Fachgeschäften.

Mielewerke A.-G. Gütersloh/Westf.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

In 8 Tagen

von schwerem Husten u. starker Verschleimung befreit. - Das Beste, was ich gefunden. - Alles versagte, nur Husta-Glycin hat geholfen. - Seit 10 Jahren litt ich an Husten und Atembeschwerden, mit 2 Flaschen vom Leiden erlöst. - Ein Versagen niemals festgestellt. Dr. K. - Solche und ähnliche Urteile liegen in Menge vor. Nehmen auch Sie bei Husten, Asthma und Verschleimung nur **Husta-Glycin**, Flasche RM. 1.65, Probeflasche RM. 1.—. **Hustobons** (Bonbons), Dose RM. 0.75. Hilfe unter Garantie. Erhältlich: 28

Drogerie Giesenbauer
neben der Deutschen Bank

K. 28/31.

Grundstückszwangsversteigerung.

Am 31. Januar 1933, 10 Uhr, Amtsgericht hier, Zimmer 10: Wohnhaus, Jakobi-Nötten-Wallstr. 9, Kriegsbeschädigter Ferdinand Meuser) 1,64 ar, Einheitswert 2280,— RM, 100,— RM Gebäudesteuernutzungswert.

Soest, den 25. Januar 1933.

Das Amtsgericht.

Stadtrat

zu 10 Pfg. ist eine Sandblatt-Cigarre von ganz hervorragender Qualität.

Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Strickwaren

für alle Zwecke: Kleider, Westen, Pullover Stutzen für Sport u. a.
Anfertigung: nach Maß,
Auswahl der Farben: nach Ihren Wünschen,
Nur beste Wollqualitäten liefert:

Maschinenstrickerei der Prov. Blindenanstalt
SOEST.



Herr Prinzipal!

Was ist Wichtig?

Ein Stempel von Wicht ist richtig.

Büromaschinen- und Füllhalter-
Reparaturen sowieso.

Stempel-Wicht
Ulricherstr. 1 Ruf 291

Monikendamer Bratbückinge

empfiehlt

Albert Stiewe.

Ia Zuckerrüben-Kraut

das Beste
Pfd. 18 Pfg. mit 5 Proz. Rabatt.

Curt Stolper,
Ulricherstraße 4 und Filialen.

